9. Chronologie der Europäischen Integration 1993

Zusammengestellt von Simone Pieroth

Januar

Präsidentschaft

1. Januar: Der Ratsvorsitz der EG geht von Großbritannien an Dänemark über. Nach Angaben des dänischen Außenministers und amtierenden Ratspräsidenten, Ellemann-Jensen, sind die Schwerpunkte des dänischen Ratsvorsitzes die Verringerung des Demokratiedefizits sowie die Schaffung einer größeren Transparenz der Beschlußfassung und Bürgernähe der Institutionen. Ein weiterer Punkt auf der Tagesordnung ist die Förderung des Wirtschaftswachstums bei gleichzeitiger Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Investitionsfonds, den sozialen Dialog und Kohäsionsfonds.

Kommission

6. Januar: In ihrer ersten Sitzung bestätigt die neue Kommission die in einer informellen Sitzung vom 22. Dezember 1992 einvernehmlich beschlossene Aufteilung der Zuständigkeiten der einzelnen Kommissionsmitglieder für die Politikbereiche der Gemeinschaft.

EPZ/Irak

8. Januar: Die Zwölf äußern sich in einer gemeinsamen Erklärung besorgt über die wiederholten Verstöße des Irak gegen die einschlägigen Resolutionen des UN-Sicherheitsrates in bezug auf die Einhaltung der Flugverbotszone sowie die Überprüfung diverser Industrieanlagen durch UN-Inspekteure. Die Minister fordern die Einhaltung der Resolutionen.

Bosnien-Konferenz

10. Januar: Nach der Vertagung der Friedenskonferenz vom 2.–4. Januar werden trotz der Ermordung des bosnischen Vizeministerpräsidenten die Verhandlungen in Genf wieder aufgenommen. Der serbische Präsident Milosevic nimmt erstmals direkt an den Gesprächen teil. Am 12. Januar erklärt der bosnische Serbenführer Karadzic seine Zustimmung zum Vance-Owen-Friedensplan, sofern das selbsternannte Parlament der bosnischen Serben dem Plan zustimmt.

EPZ/Ehemaliges Jugoslawien

13. Januar: Anläßlich der außerordentlichen Ministertagung in Paris veröffentlichen die Zwölf eine gemeinsame Erklärung. Sie fordern die bosnischen Serben auf, den vorgeschlagenen Verfassungsrahmen für Bosnien-Herzegowina und den Maßnahmenkatalog bezüglich des Militärs innerhalb der nächsten sechs Tage anzunehmen.

Kommission

13. Januar: In Kopenhagen treffen sich die Kommission und die dänische Regierung, um über die Schwerpunkte des dänischen Ratsvorsitzes zu beraten.

Japan

14./15. Januar: In Brüssel treffen sich die Vertreter Japans und der Kommission, um über den Stand der bilateralen Handelsbeziehungen und das europäische Handelsdefizit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Japan zu beraten. Hauptbereiche der Zusammenarbeit sind die Wirtschaftsbeziehungen, die industrielle Zusammenarbeit und die internationale politische Lage.

Wirtschafts- und Finanzfragen

18. Januar: Die Wirtschafts- und Finanzminister der Gemeinschaft beraten auf ihrer Tagung in Brüssel über die halbjährliche Ausübung der multilateralen Überwachung sowie

über ein Darlehen an die Italienische Republik und über die Förderung des wirtschaftlichen Aufschwungs in Europa.

Landwirtschaft

18. Januar: In Brüssel berät der Agrar-Ministerrat der Gemeinschaft über das Exposé der Kommission, den Stand der GATT-Verhandlungen innerhalb der Uruguay-Runde und die Marktorganisation für Rindfleisch.

Westeuropäische Union (WEU)

18./19. Januar: Das von London nach Brüssel verlegte Hauptquatier der WEU wird formell eröffnet. Am 19. Januar tritt der Botschafterrat der Mitgliedsländer zusammen und berät über die Entwicklungen im ehemaligen Jugoslawien.

Europäisches Parlament (EP)

18.–22. Januar: In Straßburg findet die Plenartagung des EP statt. Themen der Debatten sind u. a. die Sonderregelungen bei der Mehrwertsteuer, erneuerbare Energien, die Kontrolle der Verbringung von Abfällen, das Subsidiaritätsprinzip im Umwelt- und Verbraucherschutz und die Beteiligung von Unternehmen an einem Umweltmanagement sowie Handels- und Wirtschaftsaspekte der EG-Politik. Darüber hinaus stellt die dänische Ratspräsidentschaft unter dem dänischen Außenminister Ellemann-Jensen das Arbeitsprogramm der dänischen Präsidentschaft vor.

Europa der Bürger

21. Januar: In Brüssel wird im Rahmen einer Eröffnungsfeier das Europäische Jahr der älteren Menschen und der Solidargemeinschaft der Generationen gestartet.

Umwelt- und Verkehrspolitik

25. Januar: In Brüssel findet die Sondertagung der Umwelt- und Verkehrsminister der Gemeinschaft statt. Alarmiert durch die jüngsten von Öltankern verursachten Umweltkatastrophen, unter anderem vor der spanischen Küste und den Shetland-Inseln lautet das wichtigste Thema die Sicherheit im Seeverkehr und die Verhütung der Meeresverschmutzung in der Gemeinschaft.

EPZ/Ehemaliges Jugoslawien

25. Januar: Die Zwölf äußern sich in einer gemeinsamen Erklärung besorgt über die von kroatischer Seite wiederaufgenommenen Kampfhandlungen in der Gegend von Zadar in Kroatien und der Nichteinhaltung des Vance-Plans durch Serbien. Gleichzeitig wird die Fortsetzung der Genfer Verhandlungen und eine Einigung über den Ahtisaari-Vorschlag für Bosnien-Herzegowina gefordert.

Ehemaliges Jugoslawien

25. Januar: In Brüssel beraten der britische Außenminister, Douglas Hurd, und der belgische Außenminister, Willy Claes, in ihrer Eigenschaft als Minister der Troika über die mögliche Rolle der UN-Friedenstruppen bei der Verhinderung der Konfliktausweitung im ehemaligen Jugoslawien.

Kommission (Arbeitsprogramm)

26. Januar: In Brüssel nimmt die Kommission das Arbeitsprogramm für 1993 und 1994 an, das die Leitlinien Wiederherstellung der Glaubwürdigkeit im wirtschaftlichen und sozialen Bereich, Wiederbelebung der internen Politik sowie die Vergrößerung des Gewichts der Gemeinschaft in den Außenbeziehungen beinhaltet. Danach soll die Tätigkeit der Kommission auf die vier Schwerpunktbereiche Umsetzung des Vertrages über die Europäische Union, Konzertierung der Gemeinschaftsaktionen in bezug auf Wirtschaft und Soziales, Verwirklichung des Binnenmarktes sowie die qualitative Informations- und Öffentlichkeitsarbeit ausgerichtet werden.

Europäische Regionen

27. Januar: In Bonn treffen sich die gewählten Vertreter aus 237 Regionen Europas zur achten Vollversammlung der Europäischen

Regionen. Ziel ist die Konsultation im Rahmen des im Maastrichter Vertrag vorgesehenen Ausschusses der Regionen.

Wirtschafts- und Sozialausschuß (WSA)

27./28. Januar: In Brüssel findet die 302. Plenartagung des WSA statt. Die dänische Arbeitsministerin, Frau J. Andersen, stellt in ihrer Funktion als amtierende Ratsvorsitzende die Arbeitsschwerpunkte für die Zeit des dänischen Ratsvorsitzes vor. Stellungnahmen wurden u. a. zu den Themen gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitäts- und Erdgasbinnenmarkt, Beobachtungssystem zur Messung der CO_2-Emmissionen und anderen Treibhausgasen, die gemeinsame Marktorganisation für Obst und Gemüse, technologische Probleme der nuklearen Sicherheit sowie die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Nahen Osten und ein Informationsbericht über die Gemeinschaft und die Staaten Lateinamerikas abgegeben.

Ehemalige jugoslawische Republik/ Mazedonien

27./28. Januar: In Brüssel sprechen der mazedonische Staatspräsident Gligorow und Kommissionspräsident Delors sowie die Kommissionsmitglieder van den Broek und Brittan über die politischen, handelspolitischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und der Ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien.

Europäisches Währungssystem (EWS)

30. Januar: Der Währungsausschuß der Europäischen Gemeinschaft veröffentlicht nach der Abwertung des irischen Pfundes um 10% ein Kommuniqué, das im gegenseitigen Einvernehmen und nach einem gemeinsamen Verfahren die Festlegung neuer Leitkurse innerhalb des EWS beschließt. Die neuen bilateralen Leitkurse und die Interventionspunkte im Wechselkursmechanismus sollen den Zentralbanken zur Öffnung der Devisenmärkte am 1. Februar 1993 bekanntgegeben werden.

Bosnien-Konferenz

31. Januar: In Genf scheitern die Friedensverhandlungen an der Ablehnung der militärischen und geographischen Abschnitte des Vance-Owen-Friedensplans durch die bosnische Regierung.

Schweden

31. Januar — 1. Februar: In Stockholm sprechen Kommissionsmitglied Christophersen, der schwedische Ministerpräsident Bildt und die Finanzministerin Wibble über die Entwicklung der bilateralen Beziehungen sowie die wirtschaftliche und finanzielle Lage Schwedens.

Februar

Europäisches Parlament (EP)

1. Februar: In Brüssel beschließt der Ministerrat der Europäischen Gemeinschaften die Änderung der Akte zur Einführung allgemeiner unmittelbarer Wahlen der Abgeordneten des Europäischen Parlaments. Die Anzahl der Sitze des vereinigten Deutschlands im Europäischen Parlament wird von 87 auf 99 angehoben.

Erweiterung/Finnland, Österreich, Schweden

1. Februar: In Brüssel werden von den Außenministern der Gemeinschaft, dem finnischen Außenminister Salolainen, dem österreichischen Außenminister Mock, sowie dem schwedischen Minister für Europafragen und Außenhandel Dinkelspiel die Beitrittsverhandlungen formell eröffnet. Sie sollen in getrennten Konferenzen parallel geführt werden.

Europaabkommen/Rumänien

1. Februar: In Brüssel unterzeichnen der rumänische Ministerpräsident Vacaroiu und Vertreter der Kommission das Europaabkommen sowie das Interimsabkommen über Handel und Handelsfragen.

EPZ/Bosnien-Herzegowina

1. Februar: Die Zwölf bekunden in einer gemeinsamen Erklärung ihre volle und vorbehaltlose Unterstützung sowohl des Friedensplans als auch des Entwurfs einer Übergangsregelung für die Regierung der Republik Bosnien-Herzegowina bis zur Durchführung von freien und allgemeinen Wahlen.

EPZ/Ehemaliges Jugoslawien

1. Februar: Die Zwölf bestätigen in einer gemeinsamen Erklärung die Glaubwürdigkeit des Berichts der Warburton-Mission, der die planmäßigen Massenvergewaltigungen an überwiegend moslemischer Bevölkerung im ehemaligen Jugoslawien dokumentiert. Die Untersuchung wurde vom Europäischen Rat in Auftrag gegeben.

Israel

1. Februar: In Brüssel findet die elfte Tagung des Kooperationsrates EWG-Israel statt. Themen der Tagung sind u. a. die Nahostfriedensverhandlungen, die Rückführung der ausgewiesenen Palästinenser und die Sondierungsgespräche über die Neuaushandlung des Abkommens zwischen der EWG und Israel von 1975.

Allgemeine Angelegenheiten/ Politische Zusammenarbeit

1./2. Februar: Die Außenminister der Gemeinschaft beraten auf ihrer Tagung in Brüssel über die Beitrittsbemühungen von Österreich und Finnland, über das Zusatzprotokoll zum EWR-Abkommen sowie über die Unterzeichnung des Europaabkommens mit Rumänien.

Europarat

1.–5. Februar: Die Parlamentarische Versammlung des Europarates in Paris erörtert die Rolle des Europarates beim Aufbau Europas sowie die allgemeine Politik des Europarates vor dem EG-Gipfeltreffen im Oktober.

Bosnien-Herzegowina

2. Februar: In Brüssel treffen der bosnische Außenminister Silajdzic und Kommissionsmitglied van den Broek zu Gesprächen über die Lage in Bosnien-Herzegowina und die Aussichten über die Beilegung des Konflikts zusammen.

Kommission (Legislativprogramm)

3. Februar: In Brüssel nimmt die Kommission das Legislativprogramm für das Jahr 1993 an. Es beinhaltet 100 neue Legislativmaßnahmen, 50 Vorschläge zur Änderung, Einbeziehung und Aktualisierung geltender Rechtsakte, 19 Kodifizierungsmaßnahmen sowie den Abschluß von 50 internationalen Übereinkommen.

Binnenmarkt

8. Februar: In Brüssel tagt der Ministerrat für Binnenmarktfragen. Themen der Tagung sind u. a. die Produktsicherheitsvorschriften gegenüber Drittländern und deren Kontrolle, die Weiterverfolgung des Sutherland-Berichts und die Beseitigung der Grenzkontrollen innerhalb der Gemeinschaft.

Europäisches Parlament (EP)

8.–12. Februar: Die Tagung des EP in Straßburg wird überwiegend von der Vorstellung der neuen Kommission und ihres Tätigkeitsprogramms für 1993 und 1994 beherrscht. Eine Reihe von Debatten betrifft die Bereiche Wirtschaft und Soziales sowie die Lage im ehemaligen Jugoslawien.

Landwirtschaft

9./10., 12./13. Februar: In Brüssel diskutieren die Landwirtschaftsminister der Gemeinschaft über die gemeinsame Marktorganisation für Bananen innerhalb der Gemeinschaft. Weitere Themen sind u. a. die Agrarpreise und die flankierenden Maßnahmen für 1993 und 1994 sowie ein Exposé der Kommission mit anschließender Aussprache zur Uruguay-Runde. Verordnungen werden zu den Stützungsrege-

lungen für Hartweizenerzeuger sowie Schaf- und Ziegenfleisch angenommen.

EPZ/Weißrußland

12. Februar: Die Zwölf begrüßen in einer gemeinsamen Erklärung das Abstimmungsergebnis vom 4. Februar im Obersten Sowjet von Weißrußland zur Ratifizierung des START-I-Vertrages und des Protokolls von Lissabon. Die Unterzeichner haben sich verpflichtet, dem Atomwaffensperrvertrag als atomwaffenfreie Staaten beizutreten.

Norwegen

15. Februar: In Brüssel empfangen Vertreter der Kommission die norwegische Landwirtschaftsministerin, um sich über den Stellenwert der Landwirtschaft für die Wirtschaft Norwegens zu informieren.

Wirtschaft und Finanzen

15. Februar: In Brüssel tagen die Wirtschafts- und Finanzminister der Gemeinschaft. Themen der Tagung sind u. a. der Stand der Arbeit des Europäischen Investitionsfonds, der Bericht der Kommission über die gemeinschaftlichen Konvergenzprogramme, der wirtschaftliche Aufschwung in Europa und die künftige Finanzierung der Gemeinschaft.

Kommission

16. Februar: In Luxemburg findet vor dem Europäischen Gerichtshof die feierliche Vereidigung der neuen Kommissionsmitglieder statt.

Norwegen

18. Februar: In Oslo sprechen Vertreter der Europäischen Gemeinschaft und der norwegischen Regierung über die Konsultation Norwegens im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit.

Vereinte Nationen

22.–23. Februar: In New York debattieren Kommissionsmitglied van den Broek und der UN-Generalsekretär Boutros-Ghali über die Lage in Jugoslawien. An dem Treffen nehmen auch die beiden Vorsitzenden der Jugoslawien-Konferenz Vance und Owen teil.

San José-Konferenz/Zentralamerika

22.–23. Februar: Im Rahmen des 1984 in San José eingeleiteten Dialoges findet in San Salvador die neunte Ministerkonferenz über den politischen Dialog und die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft, den Ländern Zentralamerikas, Kolumbien, Mexiko und Venezuela statt. Es wird das neunte Kooperationsabkommen zwischen der Gemeinschaft und Zentralamerika unterzeichnet sowie ein Abschlußkommuniqué über die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit herausgegeben.

Wirtschafts- und Sozialausschuß (WSA)

24./25. Februar: In Brüssel findet die 303. Plenartagung des WSA statt. Kommissionsmitglied Padraig Flynn stellt die Schwerpunkte seiner künftigen Arbeit in den Bereichen Beschäftigung, Soziales, Einwanderung und rechtliche Fragen dar.

Industrie

25. Februar: Der Ministerrat für Industriefragen nimmt auf seiner Tagung in Brüssel Schlußfolgerungen zur Umstrukturierung der Stahlindustrie in der Gemeinschaft an. Wesentliche Punkte sind umfassende Sanierungen und ein drastischer Kapazitätsabbau.

Europäischer Wirtschaftsraum (EWR)

26. Februar: In Brüssel paraphieren die Kommission und die EFTA-Staaten den Entwurf eines Protokolls über die technischen und rechtlichen Bestimmungen zur Anpassung des Abkommens über den Europäischen

Wirtschaftsraum, nachdem die Schweiz das Abkommen nicht ratifiziert hat.

März

Bosnien-Konferenz

1. März: In New York unterzeichnet der bosnische Präsident Izetbegovic den militärischen Teil des Vance-Owen-Friedensplans.

Kenia

1. März: Der kenianische Außenminister Musyoka stattet der Kommission in Brüssel einen Besuch ab, um die politischen Entwicklungen Kenias nach den Präsidentschafts-, Parlaments- und Gemeindewahlen vom 29. Dezember 1992 zu erörtern, und um über das im Rahmen von STABEX finanzierte Programm zur Einfuhr von Düngemitteln zu berichten.

Verbraucherschutz

3. März: Der Ministerrat für Schutz und Information der Verbraucher einigt sich in Brüssel über eine Richtlinie gegen mißbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen und über den Text einer Entschließung auf dem Gebiet der verbraucherfreundlichen Kennzeichnung.

EPZ/Allgemeine Angelegenheiten

8. März: In Brüssel beschließen die Außenminister der Gemeinschaft auf ihrer Tagung die Unterzeichnung der Europaabkommen mit Bulgarien und Interimsabkommen über den vorzeitigen Beginn der Anwendung des Handelsteils sowie die Aufnahme der Verhandlungen über ein bilaterales Handelsabkommen mit den GUS-Staaten. Darüber hinaus kommt es zur politischen Einigung über eine Verordnung in bezug auf die Kohäsionsfinanzinstrumente.

Europaabkommen/Bulgarien

8. März: In Brüssel unterzeichnen der amtierende Ratspräsident Petersen, die Kommissionsmitglieder Brittan und van den Broek, die Außenminister der Gemeinschaft sowie der bulgarische Präsident und Außenminister Berow das Europaabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Bulgarien. Durch das Assoziationsabkommen soll über einen Zeitraum von zehn Jahren eine Freihandelszone zwischen den Gemeinschaftsländern und Bulgarien geschaffen werden. Es wird das Interimabkommens über Handel und Handelsfragen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl einerseits und Bulgarien andererseits unterzeichnet.

Visegrád-Länder

8. März: In Brüssel tagen die Außenminister Polens, der Slowakischen Republik, der Tschechischen Republik sowie Ungarns (Visegrád-Länder) und der Europäischen Gemeinschaft. Man berät über den Bericht der Kommission "Entwicklung einer engeren Assoziation mit den Ländern Mittel- und Osteuropas" im Hinblick auf den Kopenhagener-Gipfel. Die Lage in Rußland, der Ukraine und im ehemaligen Jugoslawien wird erörtert. Mehrere Besuche von Kommissionsmitgliedern in den einzelnen Visegrád-Ländern schließen sich an die Tagung an.

Europäisches Parlament (EP)

8.–12. März: Während der Plenartagung des EP in Straßburg sprechen sich die Abgeordneten für das Verhältniswahlrecht als einheitliches Verfahren für die nächsten Europawahlen aus. Lediglich für Großbritannien soll eine Ausnahmeklausel gelten. Die Abgeordneten fordern in einer Entschließung die Staaten der GUS auf, dem Atomwaffensperrvertrag beizutreten. Weitere Themen der Beratungen sind u. a. die Stahlkrise in der Gemeinschaft sowie das Anwachsen von Armut, Intoleranz und Rassismus.

Chile

11.–13. März: In Santiago de Chile beraten Kommissionspräsident Delors und Staats-

präsident Aylwin über die Weiterentwicklung der politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Chile.

Zypern

12. März: Der Außenminister Zyperns Michaelidis stattet der Kommission in Brüssel einen Besuch ab, um den Stand der Beitrittsverhandlungen zu erörtern.

Türkei

12. März: Der stellvertretende türkische Ministerpräsident Inönü erörtert während seines Besuches bei der Kommission in Brüssel die Handelsbeziehungen, die Zypernfrage und internationale Fragen wie die Lage in Bosnien-Herzegowina, die Beziehungen zum Irak und zum Iran.

Argentinien

14.–16. März: Kommissionspräsident Delors spricht mit Staatspräsident Menem über die Beziehungen zwischen Argentinien, dem Mercosur und der Europäischen Gemeinschaft sowie über die GATT-Verhandlungen.

Wirtschaft und Finanzen

15. März: Der Ministerrat für Wirtschaft und Finanzen nimmt auf seiner Tagung in Brüssel Schlußfolgerungen für das Konvergenzprogramm für Griechenland sowie eine Empfehlung zur Entlastung der Kommission in bezug auf den Haushalt 1991 an. Weitere Punkte sind u. a. der Jahreswirtschaftsbericht 1993, die Unternehmensbesteuerung und der Stand der Arbeiten in bezug auf die geplanten CO_2-Emissionen- und Energie-Steuern.

EPZ/Madagaskar

15. März: Die Zwölf begrüßen in einer gemeinsamen Erklärung den demokratischen und friedlichen Ablauf der Präsidentschaftswahlen in Madagaskar.

Verkehr

15. März: In Brüssel beschließen die Verkehrsminister der Gemeinschaft die Unterzeichnung eines Verkehrsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Slowenien sowie die Annahme von Schlußfolgerungen über die Beziehungen zu Drittländern auf dem Gebiet des Luftverkehrs. Weitere Punkte sind u. a. das Weißbuch über die künftige Entwicklung der Verkehrspolitik, der Personen- und Güterverkehr sowie die Sicherheit im Seeverkehr.

Mexiko

16./17. März: Kommissionspräsident Delors diskutiert mit dem mexikanischen Staatspräsident Salinas und weiteren Regierungsvertretern über die Auswirkungen des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens (NAFTA) auf den Handelsverkehr mit der Europäischen Gemeinschaft.

Landwirtschaft

16./17. März: Die Landwirtschaftsminister der Gemeinschaft nehmen auf ihrer Tagung in Brüssel Verordnungen zu den Bereichen Milchquoten, Tomatenerzeugnisse sowie Verlängerung der Wirtschaftsjahre für Milch und Rindfleisch an.

Europäischer Wirtschaftsraum (EWR)

17. März: In Brüssel wird das Protokoll zur Anpassung des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum unterzeichnet. Es wurde nach dem Beschluß der Schweiz, nicht dem EWR beizutreten, notwendig.

EPZ/Demokratische Volksrepublik Korea

17. März: Die Zwölf bekunden in einer Erklärung ihre Beunruhigung über die Aufkündigung des Atomwaffensperrvertrages seitens der Volksrepublik Korea und fordern den Widerruf des Entschlusses.

Vereinigte Staaten

18. März: Kommissionspräsident Delors trifft in Washington mit Präsident Clinton, Vize-

präsident Gore, Finanzminister Bentsen und Außenminister Christopher zu Gesprächen über den Weltwirtschaftsaufschwung in den Vereinigten Staaten und in Europa, die handelspolitischen Fragen im Zusammenhang mit der Uruguay-Runde sowie die Rußlandhilfe zusammen. Gore spricht mit Delors über Umweltschutz, Bevölkerungsentwicklung sowie die Lage im ehemaligen Jugoslawien.

Fischerei

18. März: In Brüssel nimmt der Ministerrat für Fischereifragen eine Verordnung über zusätzliche Fangquoten in den schwedischen Gewässern an. Ein weiterer Tagesordnungspunkt ist ein Bericht der Kommission über die Anwendung der Fischereiregelungen, die mit Spanien und Portugal in der Beitrittsakte getroffen wurden.

Umwelt

22./23. März: In Brüssel einigen sich die Umweltminister der Gemeinschaft über die Schaffung eines CO_2-Emissionen-Beobachtungssystems, den Abschluß eines Rahmenabkommens über Klimaänderungen sowie ein gemeinschaftliches Öko-Audit-System. Der Ministerrat entscheidet sich für die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden zum Abschluß des Baseler-Übereinkommens über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und deren Beseitigung. Weitere Punkte sind ein Richtlinienvorschlag der Kommission über neue Emissionsnormen für Kraftfahrzeuge und die Annahme von Schlußfolgerungen über die Ausfuhr gefährlicher Abfälle.

Norwegen/Erweiterung

24. März: In Brüssel gibt die Kommission ihre Stellungnahme zum Beitrittsantrag von Norwegen ab, in der sie den Antrag befürwortet und betont, daß die Beitrittsverhandlungen nach Art. O des Vertrages über die Europäische Union geführt werden, sobald der Vertrag in Kraft ist.

Wirtschafts- und Sozialausschuß (WSA)

24./25. März: In Brüssel findet die 304. Plenartagung des Wirtschafts- und Sozialausschusses zu den Themen Verringerung der CO_2-Emissionen, die Folgen der Umweltpolitik auf den Wettbewerb, die weltweite Aufteilung der Umweltpolitikkosten (auf reiche und arme Länder) sowie die Finanzierungsmöglichkeiten des neuen Kohäsionsfonds und das Subsidiaritätsprinzip im Umweltbereich statt. Darüber hinaus wurden u. a. Stellungnahmen zu den Bereichen berufliche Weiterbildung, Postdienste sowie Verpackungen und Verpackungsabfälle verabschiedet.

Bosnien-Konferenz

25. März: Im Rahmen der in New York stattfindenden Verhandlungsrunde unterzeichnet der bosnische Präsident Izetbegovic den letzten Teil des Vance-Owen-Plans. Somit zeigt nur noch Serbenführer Karadzic kein Entgegenkommen.

Europäischer Investitionsfonds

25. März: In Brüssel wird eine Regierungskonferenz zur Unterzeichnung des Protokollzusatzes über die Satzung der Europäischen Investitionsbank (EIB) abgehalten. Damit ermächtigt der Rat die EIB-Gouverneure zur Errichtung des Europäischen Investitionsfonds. Gemäß Art. 30 kann die Bank sich an der Verwaltung und am Kapital des Fonds beteiligen, die EWG Mitglied des Fonds werden sowie die Satzung des Fonds durch den Rat der EIB-Gouverneure genehmigt werden. Das Protokoll tritt nach der Ratifizierung durch alle Mitgliedstaaten in Kraft.

EPZ/Bosnien-Herzegowina

26. März: Die Zwölf begrüßen in einer gemeinsamen Erklärung die Entscheidung der bosnischen Regierung, den Vance-Owen-Friedensplan zu unterzeichnen.

Russische Föderation

26./27. März: Die Mitglieder der Troika "Allgemeine Angelegenheiten" und Kommissions-

mitglied van den Broek werden in Moskau von Vertretern der russischen Regierung empfangen. Gesprächsthemen sind die politische Lage in Rußland, die Unterstützung Rußlands seitens der Gemeinschaft und im Rahmen der G 7-Gruppe sowie der Abschluß der Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit Rußland.

AKP-EWG-Treffen

29. März — 2. April: In Boipuso-Gaborone findet die sechzehnte Tagung der paritätischen Versammlung zwischen den AKP-Staaten und der Europäischen Gemeinschaft statt. Erörtert werden die Verbindung zwischen Menschenrechten und Entwicklung sowie der Demokratisierungsprozeß in Afrika, wobei die AKP-Staaten auf dem Grundsatz der Nichteinmischung beharren. Es wird mehr technische und finanzielle Hilfe für die traditionellen AKP-Bananenlieferanten gefordert.

Japan

29. März — 2. April: In Tokio trifft Kommissionsmitglied Bangemann mit Vertretern der japanischen Regierung zusammen, um einen verbesserten Zugang europäischer Exporteure zum japanischen Markt sowie die verstärkte Einführung sektorbezogener Gespräche am runden Tisch anzuregen.

Europäisches Parlament (EP)

30. März: Vor einem Ausschuß des Europäischen Parlaments spricht in Brüssel der Präsident Rest-Jugoslawiens, Dobrica Cosic, über den Krieg im ehemaligen Jugoslawien.

Naher Osten

30. März — 2. April: Die EG-Troika und Kommissionsmitglied van den Broek statten den Regierungen der Länder Jordanien, Syrien, Libanon sowie Israel Besuche ab, um die verschiedenen Parteien zur Teilnahme an den Verhandlungen über den Friedensprozeß in der Region zu bewegen und die Unterstützung der Gemeinschaft für jedwede Friedensinitiative anzubieten.

EPZ/Lesotho

31. März: Die Zwölf begrüßen in einer gemeinsamen Erklärung die Feststellung der internationalen Wahlbeobachterkommission, zu der auch EG-Beobachter gehörten, daß die allgemeinen Wahlen vom 27. März trotz Verwaltungsmängeln frei und ordnungsgemäß verlaufen sind.

April

EGKS

2. April: In Luxemburg findet die ordentliche Tagung des Beratenden Ausschusses der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl statt. Themen der Tagung sind u. a. die Annahme einer Entschließung zur Umstrukturierung der europäischen Stahlindustrie, Berichte der Kommission über den Markt für feste Brennstoffe und über die Anwendung der Gemeinschaftsregelung für Maßnahmen der Mitgliedstaaten zugunsten des Steinkohlebergbaus sowie den Kommissionsentwurf für einen Beschluß der Kommission über den Abschluß eines Interimabkommens zwischen der EGKS und Bulgarien.

EPZ/Allgemeine Angelegenheiten

5. April: Die Außenminister der Gemeinschaft beschließen auf ihrer Tagung in Luxemburg die Unterzeichnung des Abkommens über wirtschaftliche und handelspolitische Zusammenarbeit und ein Finanzprotokoll mit Slowenien sowie die Annahme von Schlußfolgerungen über die Beitrittsverhandlungen mit Norwegen. Weiterhin ermächtigt der Rat die Kommission zur Aushandlung von zwei Europaabkommen mit der Slowakischen Republik und Tschechien. Weitere Punkte der Tagung sind u. a. die Beziehungen zu Rußland sowie eine gemeinsame Erklärung der Mitgliedstaaten zum ehemaligen Jugoslawien.

Slowenien

5. April: In Luxemburg unterzeichnen Vertreter der Europäischen Gemeinschaft und der

slowenischen Regierung das Abkommen über wirtschaftliche und handelspolitische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Slowenien, das Abkommen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und Slowenien sowie das Protokoll über die finanzielle Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Slowenien. In Brüssel werden darüber hinaus noch das Verkehrsabkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Slowenien unterzeichnet.

Erweiterung/Norwegen

5. April: In Luxemburg findet die erste Ministertagung zur Eröffnung der Beitrittsverhandlungen mit Norwegen statt. Die Verhandlungen können erst abgeschlossen werden, wenn der Vertrag über die Europäische Union von allen Mitgliedstaaten ratifiziert worden ist.

EPZ/Ehemaliges Jugoslawien

5. April: Die Zwölf äußern in einer gemeinsamen Erklärung ihre Beunruhigung über die wiederholte Weigerung der Serbenführer in Bosnien, den Vance-Owen-Friedensplan zu unterzeichnen und verkünden die Verschärfung der Sanktionen gegenüber Serbien und Montenegro. Nach wie vor soll der Plan von den drei Parteien akzeptiert und umgesetzt werden.

Binnenmarkt

5. April: In Luxemburg einigt sich der Ministerrat für Binnenmarktfragen auf gemeinsame Standpunkte in Hinblick auf Konformitätszeichen, Urheberrechte, Schutzrechte betreffend Satellitenrundfunk und Kabelweiterverbreitung.

Arbeit und Soziales

6. April: Die Arbeits- und Sozialminister der Gemeinschaft einigen sich auf ihrer Tagung in Luxemburg auf einen gemeinsamen Standpunkt in bezug auf den Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch biologische Arbeitsstoffe bei der Arbeit.

EPZ/Berg-Karabach

7. April: Die Zwölf äußern in einer gemeinsamen Erklärung ihre Besorgnis über die erneute Verschlechterung der Beziehungen zwischen der Republik Armenien und der Republik Aserbaidschan wegen des Konflikts um Berg-Karabach. Sie fordern die armenische Regierung dringend auf, ihren Einfluß auf die Streitkräfte in Berg-Karabach geltend zu machen, damit diese sich unverzüglich aus der Region zurückziehen.

EPZ/Südafrika

11. April: Die Zwölf verurteilen in einer gemeinsamen Erklärung aufs Schärfste den am 10. April verübten Mord an Chris Hani, der sich für Beendigung der Gewalt und für die Rückkehr zum Frieden in Südafrika aussprach.

G 7

14./15. April: In Tokio findet die Sondertagung der Außen- und Finanzminister der Gruppe der sieben führenden Industriestaaten statt. Sie beraten über den möglichen Beitrag zur wirtschaftlichen und politischen Demokratisierung Rußlands. Erstmals teilnehmen konnten Vertreter der Europäischen Gemeinschaft und der russischen Regierung. Es wird vereinbart, Rußland eine multilaterale Hilfe in Höhe von 43,4 Mrd. US-$ zu gewähren, wobei die Unterstützung des unter Präsident Jelzin eingeleiteten Reformprozesses betont wird. Weiterhin wird die Schaffung eines multilateralen Fonds für nukleare Sicherheit beschlossen, der im Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Beurteilung und Verbesserung der Sicherheit der Kernkraftwerke in Osteuropa finanziert werden soll.

Nichtstaatliche Internationale Organisationen (NGOs)

14.–16. April: In Brüssel findet die neunzehnte Tagung der jährlichen Generalver-

sammlung der in der Entwicklung tätigen europäischen Nichtstaatlichen Internationalen Organisationen (Non-governmental Organizations — NGOs) statt, wobei eine Bilanz der Zusammenarbeit im Jahre 1992 gezogen wird. Neue Aktionen für die kommenden Jahre werden erörtert.

EPZ/Niger

16. April: Die Zwölf begrüßen in einer gemeinsamen Erklärung die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Niger, die unter Achtung des Mehrparteiensystems stattfanden und einen bedeutenden Schritt in dem von der Nationalkonferenz 1991 eingeleiteten Demokratisierungsprozeß darstellen.

Wirtschaft und Finanzen

19. April: In Luxemburg nehmen die Wirtschafts- und Finanzminister Schlußfolgerungen über die Wirtschaftsbeziehungen zu den Vereinigten Staaten sowie über das weitere Vorgehen nach der Erklärung von Edinburgh zur Förderung des wirtschaftlichen Aufschwungs in Europa an. Am Rande der Ratstagung fand eine gemeinsame Ministertagung EWG-EFTA statt.

Europäisches Parlament (EP)

19.–23. April: In Straßburg findet die Plenartagung des EP statt, die überwiegend von den Debatten über die Lage im ehemaligen Jugoslawien, der europäischen Umweltpolitik und dem Sitz der Europäischen Umweltagentur sowie der Abhaltung zusätzlicher Tagungen des Parlaments in Brüssel bestimmt wird. Weitere Themen sind die Agrarpreise und die Entlastung der Kommission für die Ausführung des Gesamthaushaltsplans im Jahre 1991 seitens des Parlaments.

Internationaler Juterat

20.–23. April: In Dhaka findet die neunzehnte Tagung des Internationalen Juterats statt, dessen Themen Verpackungen und Verpackungsabfälle sowie der Beitritt Österreichs zum Rat sind.

Vereinte Nationen

23. April: Der UN-Generalsekretär Boutros-Ghali stattet der Kommission in Brüssel einen Besuch ab, um die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Vereinten Nationen im Hinblick auf das ehemalige Jugoslawien und Zypern zu erörtern.

Umwelt und Energie

23. April: In Luxemburg tagt der Ministerrat für Umwelt und Energiefragen und debattiert über die Strategie der Gemeinschaft in bezug auf die Klimaänderungen sowie über einen Kommissionsbericht zur Sicherheit der Kernkraftwerke in Mittel- und Osteuropa.

RIO-Gruppe

23./24. April: In Kopenhagen findet die jährliche Ministerkonferenz zwischen der EWG und den lateinamerikanischen Ländern der RIO-Gruppe statt. Es wird das neue Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Andenpakt (Abkommen von Cartagena) und seinen Mitgliestaaten, der Republik Bolivien, der Republik Ecuador, der Republik Kolumbien, der Republik Peru und der Republik Venezuela unterzeichnet.

EPZ/Rußland

25. April: Die Zwölf begrüßen in einer gemeinsamen Erklärung den Ausgang des Referendums vom 25. April 1993 zum eindeutigen Sieg der Demokratie in der russischen Föderation und sprechen Präsident Jelzin ihre Glückwünsche aus.

OECD

26. April: Der Generalsekretär der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Paye, stattet der Kommission in Brüssel einen Besuch ab. Themen der Gespräche sind u. a. die Lage im ehemaligen Jugoslawien, die künftigen Perspektiven der Weltwirtschaft, das multilaterale Handels-

system und die Beziehungen der OECD zu den übrigen Ländern.

Landwirtschaft

26./27. April: Die Landwirtschaftsminister der Gemeinschaft führen in Luxemburg eine Aussprache über die Festsetzung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und bestimmte flankierende Maßnahmen für das Wirtschaftsjahr 1993/94. Sie nehmen drei Verordnungen an. Weitere Themen sind das Memorandum der deutschen Delegation zur Durchführung der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik sowie die Annahme einer Entscheidung zur Beihilfe zur Destillation bestimmter portugiesischer Weine.

Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE)

26./27. April: In London findet die zweite Jahrestagung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) statt. Themen der Tagung sind die Bilanz der 55 Projekte im Wert von 1,6 Mrd. ECU für das Jahr 1992, die schleppende Auszahlung der Mittel sowie die Initiative der G 7-Gruppe zur Schaffung eines multilateralen Fonds für nukleare Sicherheit.

Wirtschafts- und Sozialausschuß (WSA)

28./29. April: In Brüssel findet die 305. Plenartagung des WSA statt. Schwerpunkte der Tagung sind die Rede von Kommissionspräsident Delors zur derzeitigen Wirtschaftslage und eine Orientierungsaussprache zur institutionellen Rolle des Ausschusses im Zusammenhang mit dem Vertrag über die Europäische Union sowie die Repräsentativität, die internen Arbeitsverfahren und die Art des Ausschusses.

China

28./29. April: Auf einer Tagung des gemischten Ausschusses zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Volksrepublik China in Brüssel werden Menschenrechtsfragen angesprochen. Weitere Tagesordnungspunkte sind die Wiederherstellung des Gleichgewichts der Handelsbeziehungen sowie die Einsetzung einer Arbeitsgruppe, die den bilateralen Handelsverkehr, die Investitionsströme und die verschiedenen Entwicklungshemmnisse laufend untersuchen soll.

Europäische Umweltkonferenz

28.–30. April: In Luzern (Schweiz) findet die dritte gesamteuropäische Ministerkonferenz über Umweltfragen statt. Die Teilnehmer einigen sich auf eine gemeinsame Strategie für die Grundlagen eines Umweltaktionsprogramms für Mittel- und Osteuropa.

EPZ/Eritrea

29. April: Die Zwölf begrüßen in einer gemeinsamen Erklärung den ordnungsgemäßen Verlauf des Referendums vom 23. bis 25. April. Die Wahlberechtigten haben sich nahezu einstimmig für die Unabhängigkeit Eritreas ausgesprochen. Somit kann ein seit fast 30 Jahren andauernder Konflikt friedlich beendet werden.

Forschung

29. April: Die Forschungsminister der Gemeinschaft nehmen in Luxemburg Schlußfolgerungen zum vierten Rahmenprogramm im Bereich der Forschung und der technologischen Entwicklung sowie der europäischen Raumfahrt an.

Mai

Bosnien-Konferenz

2. Mai: In Vouliagment bei Athen unterzeichnet der bosnische Serbenführer Karadzic den Vance-Owen-Plan für Bosnien-Herzegowina unter dem Vorbehalt der Zustimmung durch das selbsternannte Parlament der bosnischen Serben.

EPZ/Jemen

3. Mai: Die Zwölf beglückwünschen in einer gemeinsamen Erklärung die Bevölkerung und

ihre Regierung zu den ersten freien und allgemeinen Mehrparteienwahlen im Jemen, die am 27. April 1993 stattfanden.

Interparlamentarische Konferenz

3.–7. Mai: In São Paulo findet die 11. Interparlamentarische Konferenz Europa-Lateinamerika statt. Etwa 100 Parlamentarier aus beiden Kontinenten beraten über die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Lateinamerika.

Industrie

4. Mai: In Brüssel tagt der Ministerrat für Industriefragen u. a. zur Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und zum Umweltschutz, zu den externen Maßnahmen im Rahmen der Umstrukturierung der Stahlindustrie, der Finanzierungstätigkeiten der EGKS sowie zu dem Kommissionsbericht über die Europäische Beobachtungsstelle für die Textil- und Bekleidungsindustrie.

Baltische Staaten

5. Mai: In Brüssel unterzeichnen Vertreter der Gemeinschaft und der Republik Lettland ein Fischereiabkommen. Das gleiche Abkommen wird am 12. März von Vertretern der estnischen Regierung und der Gemeinschaft unterzeichnet.

Slowakische Republik und Tschechien

5. Mai: In Brüssel kommt es zur Paraphierung des Abkommens zwischen Vertretern der Gemeinschaft einerseits und der Tschechischen Republik sowie der Slowakischen Republik andererseits über die Stahleinfuhren aus diesen Ländern.

EPZ/Sri Lanka

6. Mai: Die Zwölf äußern in einer gemeinsamen Erklärung ihre Bestürzung über die Ermordung des Präsidenten von Sri Lanka, Ranasinghe Premadasa.

TREVI

6. Mai: In Kolding (Dänemark) findet die Sondertagung der für Fragen der inneren Sicherheit zuständigen Minister (TREVI-Gruppe) statt. Sie bekräftigen ihr Einvernehmen, auf ihrer halbjährlichen Tagung am 2. Juni die Vereinbarung zur Einrichtung der Europol-Drogenstelle zu unterzeichnen.

Justiz und Inneres

6./7. Mai: Neben der Tagung der TREVI-Gruppe findet in Kolding die Ad-hoc-Tagung der Innen- und Justizminister der Gemeinschaft statt. Es wird u. a. über die Bekämpfung des international organisierten Verbrechens und über die rassistischen Gewalttaten und Fremdenfeindlichkeit in der Gemeinschaft beraten. Darüber hinaus werden Leitlinien für die Aufnahme eines intensiveren Dialogs mit den Beitrittskandidaten in den Bereichen Justiz und Inneres festgelegt.

Vereinigte Staaten

7. Mai: In Washington tagen im Rahmen der Transatlantischen Erklärung Vertreter der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Vereinigten Staaten. Hauptpunkte der Gespräche sind die Lage in Bosnien-Herzegowina, der Aufbau Europas, die Wirtschaftsperspektiven und Wachstumsinitiativen der Gemeinschaft sowie die multilateralen Handelsverhandlungen im Rahmen des GATT insbesondere in bezug auf den Marktzugang. Darüber hinaus zeigen beide ihr Einverständnis, die wirtschaftliche Interdependenz der Gemeinschaft und der Vereinigten Staaten zu verstärken.

EPZ/Allgemeine Angelegenheiten

10. Mai: In Brüssel nimmt der Ministerrat für Allgemeine Angelegenheiten zwei Entscheidungen über Abkommen mit den Vereinigten Staaten zum öffentlichen Auftragswesen an. Darüber hinaus wird in bezug auf die Vorbereitung der OECD-Ministertagung in einer Entschließung festgestellt, daß den Beziehun-

gen zwischen dem internationalen Handel und dem Umweltschutz immer mehr Bedeutung zukommt.

Telekommunikation

10. Mai: In Brüssel erzielt der Ministerrat für Telekommunikationsfragen eine politische Einigung zur Einführung des offenen Netzzugangs beim Sprachtelephondienst und nimmt Schlußfolgerungen in bezug auf die europäische Telekommunikationsgeräte-Industrie an. Weitere Punkte sind das hochauflösende Fernsehen, die Telekommunikationsdienste sowie der Binnenmarkt für Postdienste.

Internationale Tropenholzorganisation

10.–19. Mai: In Kuala Lumpur findet die 14. Tagung des Rates der Internationalen Tropenholzorganisation statt. Verbraucher- und Erzeugerländer bekräftigen ihre Standpunkte zu dem neuen internationalen Übereinkommen und die Notwendigkeit eines besseren Marktzugangs für die Ausfuhrländer.

Golf-Kooperationsrat

11. Mai: Der Gemeinsame Rat für die Zusammenarbeit (Kooperationsrat EWG-GCC) tagt zum vierten Mal. Themen der Tagung sind die Aspekte der Zusammenarbeit in den Bereichen Energie, Industrie und Umwelt, die eventuelle Einführung einer Kohlendioxid/Energiesteuer in der Gemeinschaft sowie ein Freihandelsabkommen zwischen den einzelnen Parteien. In dem Abschlußkommuniqué weisen beide Parteien auf die Bedeutung ihrer Zusammenarbeit hin und betonen den Erfolg der Konferenz über industrielle Zusammenarbeit im Oktober 1992 in Kartar.

PHARE/Rumänien

11. Mai: Die Vertreter der Kommission und der rumänischen Regierung unterzeichnen in Brüssel das PHARE-Richtprogramm für den Zeitraum 1993–1995, das eine Gemeinschaftshilfe von insgesamt 130 Mio. ECU vorsieht und sich vorrangig auf die drei Bereiche Wirtschaft und Privatwirtschaft, Sozial- und Beschäftigungspolitik sowie Humanressourcen konzentriert.

PHARE/Litauen

13. Mai: Neben Rumänien unterzeichnet auch Litauen ein PHARE-Richtprogramm für das Jahr 1993–1994, das allein für das Jahr 1993 einen Zuschuß von 25 Mio. ECU vorsieht, womit u. a. die Umstrukturierung und Privatisierung der Unternehmen, die Sozial- und Gesundheitsversorgung, das Verkehrsnetz und die Reform des Bankensektors unterstützt werden sollen.

Vierertagung

14. Mai: In Toronto findet die Vierertagung zwischen der Europäischen Gemeinschaft, den Vereinigten Staaten, Kanada und Japan statt. In den Gesprächen geht es um die Unterstützung Kanadas und Japans für ein Abkommen über den Marktzugang, das den Abschluß der gesamten Handelsverhandlungen im Rahmen des GATT bis Ende des Jahres erleichtern soll. Kanada und Japan bekunden ihren Willen auf dem G 7-Treffen im Juli in Tokio zu einer Vereinbarung zu gelangen.

Europarat

14. Mai: Anläßlich des Beitritts Estlands, Litauens und Sloweniens zum Europarat, der nunmehr 29 Mitglieder zählt, kommt es in Straßburg zu einem Festakt. Anschließend findet die 92. Tagung des Europarates auf Ministerebene statt, auf der neue Leitlinien für den Beitritt und die Unterstützung Rußlands festgelegt werden.

Umwelt

15./16. Mai: In Aarhus (Dänemark) treffen sich die EG-Umweltminister informell, um über die Verkehrspolitik der Gemeinschaft zu beraten. Die EG-Beitrittskandidaten Österreich, Finnland, Norwegen und Schweden betonen die Bedeutung des Umweltschutzes für ihre Länder.

EGKS

17. Mai: In Luxemburg tagt der Beratende Ausschuß der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Themen sind die Umstrukturierung der Eisen- und Stahlindustrie, die Anhörungen über die eventuelle Privatisierung bzw. Umstrukturierung zweier ostdeutscher Stahlwerke sowie die Eröffnung und Verwaltung von Zollkontingenten bei der Einfuhr bestimmter EGKS-Produkte mit Ursprung in Tschechien und der Slowakei.

Kultur

17. Mai: In Brüssel tagen die Kulturminister der Gemeinschaft zur Förderung der Übersetzung zeitgenössischer europäischer Theaterstücke sowie über die Einrichtung von grenzüberschreitenden Kulturreiserouten, die auf einer Initiative des Europarates basieren. Weitere behandelte Punkte sind die Förderung des Buches und des Lesens, das Gemeinschaftsprogramm für den Austausch von Künstlern, das MEDIA-Programm sowie Aktionen im kulturellen Bereich.

AKP-EWG-Ministerrat

17./18. Mai: In Brüssel tagt zum 18. Mal der AKP-EWG-Ministerrat. Die Europäische Gemeinschaft und 69 Staaten aus dem afrikanischen, karibischen und pazifischen Raum nehmen teil. Themen der Tagung sind der katastrophale Kaffee- und Kakaopreisverfall trotz der im Rahmen von Lomé IV vorgesehenen Stützmaßnahmen (STABEX) sowie die Anwendung der Schutzklausel im Bananensektor durch die Gemeinschaft im Interesse der AKP-Staaten.

Maastrichter Vertrag/Dänemark

18. Mai: Die Mehrheit der Dänen (56,8%) spricht sich in einem zweiten Referendum für die Annahme des Vertrages über die Europäische Union aus.

EPZ/Ehemaliges Jugoslawien

18. Mai: Die Zwölf nehmen in einer gemeinsamen Erklärung zur Kenntnis, daß die bosnischen Serben den Vance-Owen-Plan noch nicht akzeptiert haben, sondern er von dem serbischen Führer, Radovan Karadzic, zurückgewiesen wurde, obwohl er diesen Plan am 19. April in Athen persönlich unterzeichnet hatte.

PHARE/Lettland

19. Mai: Wie auch Rumänien und Litauen unterzeichnen Vertreter der lettischen Regierung und der Europäischen Gemeinschaft das PHARE-Richtprogramm für Lettland über den Zeitraum 1993–1995 in Höhe von 18 Mio. ECU. Vorrangige Ziele sind u. a. die Umstrukturierung und Privatisierung der Unternehmen, die Umgestaltung der Sozialversicherung, der Infrastrukturausbau sowie Umweltschutzmaßnahmen.

Großbritannien/Maastrichter Vertrag

20. Mai: In London stimmt das britische Unterhaus in dritter Lesung dem britischen Gesetz zum Vertrag von Maastricht zu.

Landwirtschaft

24.–27. Mai: In Brüssel erzielen die Landwirtschaftsminister der Gemeinschaft u. a. politische Einigungen über Agrarpreise und flankierende Maßnahmen 1993–1994, gemeinsame Marktorganisation für Zucker, Preise für Milcherzeugnisse, Flächenstillegungen sowie über die Einfuhr von Koniferenholz. Weiterhin wird ein Vorschlag für eine Verordnung zu den Zinssätzen des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAFGL) positiv aufgenommen.

Europäisches Parlament (EP)

24.–28. Mai: In Straßburg findet die Plenartagung des EP statt. Die wichtigsten Themen der Aussprachen sind der freie Personenverkehr sowie die auswärtigen Beziehungen, darunter die Lage in Bosnien-Herzegowina, die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den Ländern Mittel- und Osteuro-

pas sowie zu den Ländern der ehemaligen Sowjetunion. Im Vorfeld der Tagung des Europäischen Rates von Kopenhagen gibt die Kommission im EP eine vielbeachtete Erklärung ab, die den Gegensatz zwischen der politischen und institutionellen Neubelebung der Gemeinschaft nach dem dänischen Referendum sowie die wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten der Gemeinschaft zum Thema hatte. Auf institutioneller Ebene nimmt das Parlament erstmals Stellung zu einem der Vorschläge der sogenannten Edinburgher Liste, die die Kommission aufgrund des Subsidiaritätsprinzips zurückziehen möchte.

Kautschukrat

24.–28. Mai: In Kuala tagt der Internationale Naturkautschukrat. Hinsichtlich der Senkung der Referenzpreise für die Ausgleichslager sowie die Neuaushandlung des Übereinkommens von 1987, das im Dezember ausläuft, konnte keine Einigung zwischen Erzeuger- und Verbraucherländern erzielt werden.

Entwicklung

25. Mai: In Brüssel tagt der Ministerat für Entwicklungsfragen zu den Themen Entwicklungszusammenarbeit bis zum Jahre 2000, Sondermaßnahmen zugunsten Afrikas, humanitäre Soforthilfe sowie der Rolle der Frau im Entwicklungsprozeß. Es werden Schlußfolgerungen angenommen. Weitere Punkte sind Ratserkärungen zur künftigen Entwicklungszusammenarbeit mit Südafrika sowie zu Menschenrechten, Demokratie und Entwicklung.

Vereinigte Staaten/EWG

25. Mai: In Brüssel unterzeichenen Vertreter der Gemeinschaft und der Vereinigten Staaten das Abkommen für die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den Vereinigten Staaten von Amerika über das öffentliche Beschaffungswesen. Es tritt am selben Tag in Kraft und hat eine Laufzeit von zwei Jahren. Ziel ist die Erweiterung der Zugangsmöglichkeiten zu öffentlichen Liefer-, Bau- und Dienstleistungsaufträgen der Zentralregierungen.

Wirtschafts- und Sozialausschuß (WSA)

26./27. Mai: In Brüssel tagt zum 306. Mal der WSA. Nach eingehenden Aussprachen werden u. a. Stellungnahmen zu Normungsverfahren und technischen Vorschriften, zur Strukturfondsreform sowie zum Kooperationsabkommen zum Schutz der nordostatlantischen Küsten und Gewässer verabschiedet. Die zwei Initiativstellungnahmen handeln von den Folgemaßnahmen zum Sutherland-Bericht über den Binnenmarkt sowie von dem "Vierten Rahmenprogramm für Gemeinschaftsmaßnahmen im Bereich der Forschung und technologischen Entwicklung (1994–98)".

Europäische Verkehrsministerkonferenz

26./27. Mai: Im niederländischen Noordwijk findet die 40. Jahrestagung der Europäischen Verkehrsministerkonferenz (CEMT) statt, an der Minister aus 28 europäischen Staaten teilnehmen. Rußland wird assoziiertes Mitglied. Die wichtigsten Themen der Beratungen sind die Abstimmung der europäischen Verkehrspolitik, die Strukturplanung für alle Verkehrsträger und die Verbesserung der Verkehrssicherheit.

Gesundheitswesen

27. Mai: In Brüssel nimmt der Ministerrat für Gesundheitsschutz eine Entschließung an zu den künftigen Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der öffentlichen Gesundheit sowie dem Programm "Europa gegen den Krebs". Es wird eine Schlußfolgerung zum Rauchverbot in öffentlich zugänglichen Räumen verabschiedet.

Juni

Einwanderung

1. Juni: In Kopenhagen findet die halbjährliche Tagung der für Einwanderungsfragen

zuständigen Minister statt. Die Minister beschließen Aufnahmeleitlinien für besonders gefährdete Bevölkerungsgruppen aus dem ehemaligen Jugoslawien. Sie billigen eine Entschießung zur Angleichung der Bestimmungen der Mitgliedstaaten über die Familienzusammenführung und eine Schlußfolgerung über Abschiebebestimmungen von Staatsangehörigen aus Drittländern, die sich illegal in der Gemeinschaft aufhalten oder dort illegal arbeiten.

Arbeit und Soziales

1. Juni: In Luxemburg tagt der Ministerrat für Arbeit und Sozialfragen u. a. zu den Themen Zugang zur beruflichen Weiterbildung, flexibles Ruhestandsalter, Arbeitszeitgestaltung sowie ein gemeinschaftsweiter Rahmen für die Beschäftigung und die Mindestvorschriften für Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit an Bord von Fischereifahrzeugen.

TREVI

2. Juni: In Kopenhagen wird während der halbjährlichen Tagung der Minister der TREVI-Gruppe die Vereinbarung über die Einrichtung der Europol-Drogenstelle unterzeichnet. Es soll eine Studie über rassistische und fremdenfeindliche Gewalttaten erstellt werden.

Vierertagung

2. Juni: In Paris erörtern Vertreter der Europäischen Gemeinschaft, der Vereinigten Staaten, Kanadas und Japans den Marktzugang für Sachgüter und Dienstleistungen im Rahmen der Uruguay-Runde. Die Tagung wird am 23. und 24. Juni in Tokio fortgesetzt.

Soziale Ausgrenzung

3./4. Juni: In Kopenhagen findet die Europäische Konferenz über die Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung statt. Themen der Tagung sind der Beitrag der Politik zur Bekämpfung der Ausgrenzung, Stärkung der Rechte für Minderbemittelte sowie die Leitlinien für ein gezieltes Gemeinschaftsprogramm.

Rußland

3.–7. Juni: Kommissionsmitglied Brittan trifft in Moskau mit dem Präsidenten Rußlands, Boris Jelzin, zusammen. Hauptgespächsthemen sind die Verhandlungen über das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen.

Internationale Energieagentur

4. Juni: In Paris findet die Ministertagung des Verwaltungsrates der Internationalen Energieagentur (IEA) statt. Im Mittelpunkt steht die erstmalige Teilnahme der zuständigen Minister Frankreichs und Finnlands, nachdem diese Länder 1992 beigetreten waren. Themen der Beratungen sind die energiepolitischen Perspektiven bis zum Jahr 2000.

Europäische Union

7. Juni: In Straßburg findet eine Konferenz zur Europäischen Union statt, die die Aufgabe hat, die Durchführung einzelner institutioneller Bestimmungen des Maastrichter Vertrages vorzubereiten. Darüber hinaus erzielen das Europäische Parlament, der Rat und die Kommission eine breite Einigung über die Maßnahmen zur Anwendung des Subsidiaritätsprinzips. Uneinigkeit zwischen dem EP und dem Rat herrscht weiterhin in bezug auf die Aufgaben des Bürgerbeauftragten.

Wirtschaft und Finanzen

7. Juni: Die Finanz- und Wirtschaftsminister der Gemeinschaft einigen sich in Luxemburg über ein Euratom-Darlehen zur Verbesserung des Wirkungsgrades und der Sicherheit von Kernkraftwerken in Mittel- und Osteuropa sowie der ehemaligen Sowjetunion. Weitere Themen sind die Betrugsbekämpfung, Finanzhilfen für Albanien, die Schlußfolgerungen des Vorsitzes über die CO_2-Steuer und die siebte Mehrwertsteuer-Richtlinie.

EPZ/Guatemala

7. Juni: Die Zwölf begrüßen in einer gemeinsamen Erklärung die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung in Guatemala auf legalem und friedlichem Weg.

EPZ/Allgemeine Angelegenheiten

7.–9. Juni: Die Außenminister der Gemeinschaft nehmen im Rahmen der EPZ zwei Erklärungen zu Somalia und zum ehemaligen Jugoslawien an. Weitere Punkte der Tagung sind die Beziehungen zum Europäischen Parlament, die Festlegung der Standpunkte zu den Beitrittsverhandlungen, der Stand der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie der Europäische Rat von Kopenhagen.

Verkehr

7./8., 19. Juni: In Luxemburg tagen die Verkehrsminister der Gemeinschaft u. a. zu den Themen Besteuerung des Güterkraftverkehrs, Sicherheit im Seeverkehr, Kabotage im Güterkraftverkehr sowie dem Aktionsprogramm auf dem Gebiet der Verkehrsinfrastruktur und dem Weißbuch zur künftigen Entwicklung der Verkehrspolitik.

Erweiterung/Finnland

8. Juni: In Luxemburg findet die zweite Tagung im Rahmen der Ministerkonferenz über den Beitritt Finnlands zur Europäischen Union statt. Es werden die Verhandlungskapitel über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer, die Verkehrspolitik, den Verbraucher- und Gesundheitsschutz, die Forschung und die Informationstechnologien, das Bildungswesen, das Gesellschaftsrecht und die Sozialpolitik (ohne Fragen zum Sozialfonds) abgeschlossen. In einigen spezifischen Aspekten wie beispielsweise Sicherheitsgurte oder finnische Altersversorgungssysteme werden ebenfalls Einigungen erzielt.

Erweiterung/Schweden

8. Juni: In Luxemburg findet die zweite Tagung im Rahmen der Ministerkonferenz über den Beitritt Schwedens zur Europäischen Union statt. Es werden die Verhandlungskapitel über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer, die Verkehrspolitik, den Verbraucher- und Gesundheitsschutz, die Forschung und die Informationstechnologien, das Bildungswesen, die Statistiken und das Gesellschaftsrecht abgeschlossen. Ebenfalls keine Probleme stellen für Schweden die Kapitel über den freien Dienstleistungsverkehr und die Niederlassungsfreiheit, den freien Kapitalverkehr, die Wettbewerbspolitik, die Sozialpolitik und die Energiepolitik dar.

Erweiterung/Norwegen

9. Juni: In Luxemburg findet die zweite Tagung im Rahmen der Ministerkonferenz über den Beitritt Norwegens zur Europäischen Union statt. Norwegen hat den gemeinschaftlichen Besitzstand in den Bereichen Verbraucher- und Gesundheitsschutz, Forschung und Informationstechnologien, Bildungswesen, Gesellschaftsrecht und Sozialpolitik (ohne Fragen zum Sozialfonds) akzeptiert.

Erweiterung/Österreich

9. Juni: In Luxemburg findet die zweite Tagung im Rahmen der Ministerkonferenz über den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union statt. Es werden die Verhandlungskapitel über den Verbraucher- und Gesundheitsschutz, das Bildungswesen, die Sozialpolitik (ohne Fragen zum Sozialfonds), die Fischerei und das Gesellschaftsrecht abgeschlossen. Zu Fortschritten kommt es in den Bereichen freier Dienstleistungsverkehr, Niederlassunfsfreiheit, Freizügigkeit der Arbeitnehmer, freier Kapitalverkehr, Wettbewerbspolitik, Forschung und Informationstechnologien sowie im Statistik und Informationsbereich.

Vereinigte Staaten

9. Juni: In Brüssel tagen Vertreter der EWG und den Vereinigten Staaten im Rahmen der transatlantischen Erklärung. Erörtert wird die

Lage im ehemaligen Jugoslawien und die Durchsetzung der UN-Resolution 836, die die Schaffung von Sicherheitszonen vorsieht.

GATT

9. Juni: Die Mitgliedstaaten des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) wählen in Genf einstimmig den ehemaligen irischen EG-Kommissar für Wettbewerbsfragen, Peter Sutherland, zum neuen Generaldirektor des GATT als Nachfolger von Arthur Dunkel. Er tritt sein Amt zum 1. Juli an.

EPZ/Kambodscha

10. Juni: Die Zwölf begrüßen in einer gemeinsamen Erklärung die Wahl der Vertreter zu einer verfassungsgebenden Versammlung. Sie wurde trotz schwieriger Begleitumstände in Kambodscha durchgeführt.

Bildung

11. Juni: In Luxemburg tagt der Ministerrat für Bildung. Die wichtigsten Themen der Tagung sind die berufliche Bildung in den neunziger Jahren und die Förderung eines offenen europäischen Raums für die Zusammenarbeit im Hochschulwesen.

Binnenmarkt

14. Juni: In Luxemburg tagt der Rat für Binnenmarktfragen. Die wichtigsten Themen der Tagung sind die Schutzdauer des Urheberrechts und bestimmter verwandter Schutzrechte, die innergemeinschaftliche Koordinierung des Aufbaus von Unternehmensregistern für statistische Verwendungszwecke, die Angleichung für Rechtsvorschriften für Maschinen, sowie die künftige Regelung für den freien Arzneimittelverkehr.

Landwirtschaft

14. Juni: In Luxemburg einigen sich die Landwirtschaftsminister der Gemeinschaft über die Verlängerung der Geltungdauer der Gebühren für die Untersuchungen und Hygienekontrollen von frischem Fleisch. Weitere Punkte sind die Revision der Strukturfondsregelung und der Stand der Verhandlungen der Uruguay-Runde.

Vereinte Nationen

14.–25. Juni: In Wien kommen die Vertreter von über 180 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen und etwa 70 UN-Organisationen zur zweiten Weltmenschenrechtskonferenz zusammen. Die erste Konferenz hatte 1968 in Teheran stattgefunden. Aufgaben der Konferenz, die im Dezember 1990 von der Generalversammlung einberufen worden war, sind die Bilanzierung der Fortschritte bei der Umsetzung der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte sowie die Prüfung der Verbindung zwischen der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung, den bürgerlichen und den politischen Rechten. Es soll ein Beitrag zur wirksamen Anwendung internationaler Normen im Bereich der Menschenrechte sowie den bestehenden Überwachungs- und Schutzmechanismen geleistet werden. Im Anschluß an die Tagung kommt es zur Verabschiedung eines Schlußdokuments mit dem Titel "Erklärung und Aktionsprogramm von Wien", das jedoch keine rechtlichen, sondern nur politische Verpflichtungen enthält.

Bosnien-Konferenz

16. Juni: In Genf einigen sich die Präsidenten von Serbien und Kroatien erneut auf die Ausarbeitung eines Friedensplans, der eine Aufteilung Bosniens in drei Nationalstaaten innerhalb einer Konföderation vorsieht.

EPZ/Nordkorea

16. Juni: Die Zwölf begrüßen in einer gemeinsamen Erklärung die Aussetzung der Rücktrittserklärung der Demokratischen Volksrepublik Korea von dem Atomwaffensperrvertrag und fordern von Korea die Bestätigung der weiteren Anerkennung dieses Vertrages.

Telekommunikation

16. Juni: In Luxemburg tagt der Ministerrat für Telekommunikation. Die wichtigsten

Themen sind die Entwicklung der Technik und der Normen auf dem Gebiet fortgeschrittener Fernsehdienste, die Satellitenfunkanlagen sowie die Lage und weitere Entwicklung im Bereich der Telekommunikation.

Umwelt

16./17. Juni: In Helsinki findet im Rahmen der Ministerkonferenz die Tagung über den Schutz der Wälder in Europa statt. Es werden verschiedene Entschließungen verabschiedet, die in erster Linie Leitlinien für eine eine europäische Forstwirtschaft, die Erhaltung der biologischen Vielfalt, die Zusammenarbeit mit den Ländern Mittel- und Osteuropas sowie Konzepte für die Anpassung der Wälder an die Klimaänderungen beinhalten.

Europäischer Rat

21./22. Juni: In Kopenhagen findet das Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Mitgliestaaten der Gemeinschaft statt. Hauptthemen sind die Wirtschaftslage der EG und der Krieg im ehemaligen Jugoslawien. Der Präsident der EG-Kommission, Jacques Delors, legt ein Aktionsprogramm zur wirtschaftlichen Belebung Europas vor. Darüber hinaus erzielen die Staats- und Regierungschefs eine Einigung in bezug auf Handelserleichterungen für die Reformstaaten Mittel- und Osteuropas. Die Schlußfolgerungen des Rates beziehen sich neben den schon erwähnten Bereichen auf die GATT-Verhandlungen, die Erweiterungsverhandlungen, die Beziehungen zu Malta, Zypern, der Türkei und der Maghreb-Ländern, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sowie zur gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und zur Innenpolitik der Gemeinschaft.

Europäisches Parlament (EP)

21.–25. Juni: In Straßburg tagt das EP. Gast des Parlaments ist der tunesische Staatspräsident, Ben Ali, der in seiner Rede auf die Notwendigkeit der engeren Beziehungen zwischen Tunesien und der Europäischen Gemeinschaft hinweist und die Verabschiedung einer euro-maghrebinischen Charta vorschlägt, die die Rechte der nordafrikanischen Einwanderer in der Gemeinschaft schützen soll. Im übrigen wird die EP-Tagung von zwei Debatten über die Ereignisse des Europäischen Rates von Kopenhagen und die Neuregelung der Strukturfonds beherrscht.

EPZ/Berg-Karabach

24. Juni: Die Zwölf äußern sich erfreut, daß alle Konfliktparteien in Berg-Karabach den von Raffaelli erstellten Friedensplan der KSZE akzeptiert haben und somit in der Region die Chance für einen allgemeinen Waffenstillstand wächst.

Forschungspolitik

24. Juni: In Paris kommen die 19 europäischen Länder der Forschungsinitiative EUREKA zur elften Tagung der Ministerkonferenz zusammen. In der Debatte geht es überwiegend um die Notwendigkeit einer Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Ländern Mittel- und Osteuropas.

Beschäftigung

24. Juni: In Brüssel findet die 44. Sitzung des Ständigen Ausschusses für Beschäftigungsfragen statt. Themen der Aussprache sind die Bedeutung der Ausbildung, die Rolle der KMU und der zuständigen Stellen bei der Arbeitsplatzbeschaffung sowie das Problem der Wiedereingliederung von Personen aus Randgruppen.

Fischerei

24./25. Juni: In Luxemburg tagt der Rat für Fischereifragen über die Kontrollregelung für die gemeinsame Fischereipolitik, die Lage auf dem Fischereierzeugnissemarkt sowie über die Fischereiforschung in Europa und über die Anwendung der in der Beitrittsakte Spaniens und Portugals vorgesehenen Regelung für den Fischereisektor.

Energie

25. Juni: Der Ministerrat für Energiefragen tagt in Luxemburg. Themen der Beratungen

sind das Altener-Programm und das SAVE-Programm, sowie die staatlichen Beihilfen zugunsten des Steinkohlebergbaus sowie die nukleare Sicherheit in Mittel- und Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion.

Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE)

25. Juni: Nach Meinungsverschiedenheiten über seinen Führungsstil und die Aufgaben der in London angesiedelten Bank, tritt der Präsident der EBWE, Jacques Attali, zurück.

Umwelt

28./29. Juni: In Luxemburg tagen die Umweltminister der Gemeinschaft. Themen der Ratstagung sind eine Richtlinie über die Emissionsnormen für leichte Nutzfahrzeuge, die Begrenzung von Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen (VOC), das Übereinkommen über die Artenvielfalt sowie die Verbrennung gefährlicher Abfälle. Weitere Punkte sind die Annahme von Schlußfolgerungen über die Folgemaßnahmen zur UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung (UNCED) und zur Konferenz der europäischen Umweltminister in Luzern.

Europäische Energiecharta

28. Juni — 2. Juli: In Brüssel findet die Plenartagung der Internationalen Konferenz über die Europäische Energiecharta statt. Thema der Konferenz ist die Umsetzung der Charta in rechtsverbindliche vertragliche Bestimmungen.

Justiz und Inneres

29. Juni: Auf ihrer Sondertagung in Kopenhagen können sich die Innenminister der Gemeinschaft immer noch nicht auf einen vorläufigen Sitz der Europol-Drogenstelle einigen.

Forschung

30. Juni: Die Forschungsminister der Gemeinschaft nehmen auf ihrer Ratstagung in Luxemburg Schlußfolgerungen im Bereich Verwaltung der Gemeinschaftsprogramme für Forschung und technologische Entwicklung an und führen eine eingehende Aussprache über das vierte Rahmenprogramm für Forschung und Technologische Entwicklung.

PHARE/Albanien

30. Juni: In Brüssel unterzeichnen Vertreter der Europäischen Gemeinschaft und der albanischen Regierung das PHARE-Richtprogramm für den Zeitraum 1993–1994. Vorrangige Ziele des Programms sind die Umstrukturierung des privaten Sektors, der Landwirtschaft und des Gesundheitswesens, die Entwicklung der Infrastruktur im Bereich der öffentlichen Verwaltung und des Umweltschutzes sowie die Förderung der Humanressourcen durch das Programm Tempus.

Wirtschafts- und Sozialausschuß (WSA)

30. Juni: In Brüssel findet die 307. Plenartagung des WSA statt. Nach Aussprache werden Stellungnahmen u. a. zu den Themen Investmentgesellschaften, Beihilfen für den Schiffsbau, Förderung der Technologie für Behinderte und Senioren sowie Arbeitnehmerschutz vor Gefährdung durch physikalische Arbeitsstoffe abgegeben.

Kommission

30. Juni: In Brüssel nehmen die Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft einstimmig den Beschluß über die Ernennung der sechs Vizepräsidenten der Kommission für den Zeitraum vom 1. Juli 1993 bis zum Inkrafttreten des Vertrages über die Europäische Union oder bis spätestens 5. Januar 1995 an. Die sechs Vizepräsidenten sind: Henning Christophersen, Manuel Marín Gonzalez, Martin Bangemann, Sir Leon Brittan, Karel van Miert und Antonio Ruberti.

Juli

Ratspräsidentschaft

1. Juli: Der Ministerratsvorsitz geht für das zweite Halbjahr 1993 von Dänemark an Belgien über. Im Mittelpunkt des belgischen Arbeitsprogramms stehen die Bekämpfung der Wirtschafts- und Beschäftigungskrise und die Vorbereitung der im Vertrag von Maastricht festgeschriebenen Wirtschafts- und Währungsunion.

EGKS

1./2. Juli: In Luxemburg wird zum Präsidenten des Beratenden Ausschusses der EGKS J. A. Gonzalez Sanchez für das Geschäftsjahr 1993–1994 gewählt. Themen der ordentlichen Sitzung sind das Vorausschätzungsprogramm "Stahl" für das zweite Halbjahr 1993 sowie die Gewährung einer Finanzbeihilfe für die Sozialforschung.

Allgemeine Angelegenheiten

2./3. Juli: Auf einer Sondertagung der Außenminister der Gemeinschaft in Brüssel werden Schlußfolgerngen in bezug auf die Uruguay-Runde angenommen. Ein weiteres Gesprächsthema ist die Strukturfondsreform.

EPZ/Haiti

6. Juli: Die Zwölf begrüßen in einer gemeinsamen Erklärung die am 3. Juli 1993 in New York zwischen Präsident Aristide und dem Oberkommandierenden der Armee von Haiti getroffene Übereinkunft, die den Weg zur Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung ebnet und die Rückkehr von Präsident Aristide nach Haiti ermöglicht.

Vierertagung

6. Juli: In Tokio erzielen die Vertreter der Europäischen Gemeinschaft, der Vereinigten Staaten, Kanadas und Japans auf ihrer Tagung einen Kompromiß über den Marktzugang für Waren und Dienstleistungen, der eine globale Einigung im Rahmen der GATT-Verhandlungen in den Bereichen Zoll, Stahl und Textilien bedeuten kann. Am Rande der Vierertagung findet das dritte Gipfeltreffen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Japan statt. Hauptgesprächsthema ist die Intensivierung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen beider Parteien.

G 7

7.–9. Juli: In Tokio findet das jährliche Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der sieben führenden Industriestaaten (Gruppe der 7) statt. In den Beratungen geht es vor allem um die Belebung des Wirtschaftswachstums, die Hilfen für Rußland und den Konflikt im ehemaligen Jugoslawien. Die Gipfelteilnehmer verabschieden eine politische Erklärung "Für eine sichere und menschlichere Welt", nach der die Vereinten Nationen künftig eine noch größere Verantwortung bei nationalen und internationalen Konflikten tragen sollen.

EPZ/Burundi

12. Juli: Die Zwölf gratulieren in einer gemeinsamen Erklärung dem demokratisch gewählten Präsidenten der Republik Burundi, Melchior Ndadaye, zur Amtseinführung.

Wirtschaft und Finanzen

12. Juli: Die Wirtschafts- und Finanzminister tagen in Brüssel zur Wirtschaftslage in der Gemeinschaft sowie zu dem Konvergenzprogramm des Vereinigten Königreichs. Weitere Tagesordnungspunkte sind der Westliche Wirtschaftsgipfel, die Maßnahmen im Anschluß an den Europäischen Rat in Kopenhagen sowie die Erhöhung der Freimengen/Freigrenzen für Reisende.

Europäisches Parlament (EP)

12.–16. Juli: In Straßburg findet die Plenartagung des EP statt. Sie wird von zwei großen politischen Aussprachen beherrscht: der Aussprache über das Arbeitsprogramm des amtierenden Ratsvorsitzes und der Ausspra-

che über die Freizügigkeit und Einwanderung. Darüber hinaus mahnt das erweiterte EP-Präsidium die Kommission, die erforderlichen Maßnahmen zur Durchführung des freien Personenverkehrs zu ergreifen. Ansonsten will das EP — nach Ablauf der gesetzen Frist — eine Untätigkeitsklage vor dem EuGH erheben. In einer Dringlichkeitsdebatte fordern die Parlamentarier einen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsplan für das "demokratische Südafrika" und sprechen sich für die Aufhebung der Sanktionen gegen Südafrika aus (mit Ausnahme des Waffenembargos).

Zypern

16. Juli: Der Staatspräsident Zyperns, Clerides, stattet der Kommission in Brüssel einen Besuch ab. Hauptgesprächsthema ist die Stellungnahme der Kommission zum Beitrittsantrag Zyperns zur Europäischen Gemeinschaft.

EPZ/Türkei

16. Juli: Die Zwölf verurteilen in einer gemeinsamen Erkärung die Entführung zweier britischer Touristen im Osten der Türkei am 6. Juli und fordern deren sofortige Freilassung.

Bosnien-Konferenz

17. Juli: Die Friedensvermittler von UN und EG, Stoltenberg und Owen, treffen in Genf mit den Präsidenten Serbiens und Kroatiens, Milosevic und Tudjman, zusammen. Sie sprechen sich erneut für die Schaffung dreier unabhängiger Republiken aus. Am 30. Juli einigen sich die drei Parteien grundsätzlich auf der Grundlage des Stoltenberg-Owen-Plans vom 27. Juli.

Kooperationsrat EWG-Tunesien

19. Juli: In Brüssel findet die 6. Tagung des Kooperationsrates EWG-Tunesien statt. Tagesordnungspunkte sind die beiderseitige Zusammenarbeit und deren künftige Perspektiven sowie die wirtschaftlichen Leistungen Tunesiens in den Bereichen Steuer, Zoll sowie Liberalisierung der Investitionen und Preise.

Allgemeine Angelegenheiten

19./20. Juli: In Brüssel findet die Ministerratstagung der Außenminister der Gemeinschaft statt. Die wichtigsten Themen der Beratungen sind die Strukturfondsreform, der Beitrittsantrag Maltas und Zyperns, die Beziehungen zu Slowenien und die verschiedenen Abkommen sowie die Beziehungen zur ehemaligen Sowjetunion.

Landwirtschaft

19. Juli: In Brüssel tagen die Landwirtschaftsminister der Gemeinschaft zu den Themen spezifische Referenzmenge für bestimmte Milcherzeuger (SLOM III), Angebot einer Entschädigung für bestimmte Milcherzeuger sowie Standardqualitäten von Getreide und Futtermitteln. Weitere Punkte sind die Gewährung einer agromonetären Beihilfe, der Stand der Arbeiten der Uruguay-Runde, die Kontrolle der Rückstände in Fleisch und die Finanzierung des Programms zur Bekämpfung bestimmter Tierkrankheiten.

PHARE/Polen

20. Juli: Der polnische Minister für Europa-Angelegenheiten Bielecki stattet der Kommission in Brüssel einen Besuch ab und erörtert die vom Europäischen Rat in Kopenhagen beschlossenen zusätzlichen Handelszugeständnisse zugunsten der assoziierten mittel- und osteuropäischen Länder. Während des Besuchs unterzeichnen Bielecki und Kommissionsvizepräsident Brittan auch das PHARE-Programm für Polen.

EPZ/Ruanda

20. Juli: Die Zwölf äußern sich in einer gemeinsamen Erklärung besorgt über die wiederholte Verzögerung der Unterzeichnung der Abkommen von Arusha und unterstützen

die andauernden Vermittlungsbemühungen der tansanischen Regierung um Unterzeichnung der Friedensabkommen.

EPZ/Myanmar (Birma)

20. Juli: Die Zwölf appellieren in einer gemeinsamen Erklärung an den birmesischen Staatsrat für die Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und die Aufhebung des Hausarrestes gegenüber der Dissidentin Frau Aung San Suu Kyi, die seit vier Jahren unter Arrest steht.

EPZ/Togo

20. Juli: Die Zwölf begrüßen in einer gemeinsamen Erklärung die Unterzeichnung des Abkommens vom 11. Juli 1993 durch den Vertreter des Präsidenten der Republik Togo und die COD II (Union der Demokratischen Opposition), das den Weg zu Aussöhnung und Demokratie ebnet.

Europäische Regionen

21. Juli: In Straßburg trifft sich die Versammlung der Regionen Europas (VRE), der insgesamt 235 Regionen aus ost- und Westeuropa angehören. Zentrale Themen der Beratungen sind die Rolle der Regionen beim europäischen Einigungsprozeß sowie drohende Verzögerungen beim Inkrafttreten des Vertragswerks von Maastricht.

Haushalt

22. Juli: In Brüssel nimmt der Rat für Haushaltsfragen den Entwurf des Haushaltsplans in bezug auf das Haushaltsverfahren für 1994 an. Weitere Themen sind die Prüfung des Vorentwurfes des Berichtigungs- und Nachtragshaushaltsplans Nr. 1/93 sowie die Verrechnung der budgetären Mindereinnahmen mit dem Eigenmittelfonds.

EPZ/Tadschikistan

23. Juli: Die Zwölf verurteilen in einer gemeinsamen Erklärung die Verschärfung der Gewalt in Tadschikistan, an seinen Grenzen und im Norden Afghanistans und betonen ihr Festhalten an der territorialen Integrität und Souveränität Tadschikistans.

ASEAN

26.–28. Juli: In Singapur findet die 26. Jahrestagung der Außenminister der sechs Staaten des Verbands Südostasiatischer Nationen (Singapur, Malaysia, Thailand, Philippinen, Indonesien und Brunei) statt. Die Teilnehmer betonen die Notwendigkeit eines Sicherheitsdialogs mit Rußland und China sowie die Erhaltung der amerikanischen Militärpräsenz. Ein Sicherheitsforum für regionale und politische Sicherheitsfragen mit 18 Mitgliedsländern wird gegründet, das im Sommer 1994 in Bangkok formal eröffnet werden soll.

EPZ/Libanon

27. Juli: Die Zwölf äußern sich in einer gemeinsamen Erklärung besorgt über das Wiederaufflammen der Gewalt an der libanesisch- israelischen Grenze und verurteilen jegliche Form von Gewalt, gleich welchen Ursprungs.

EPZ/Türkei

30. Juli: Die Zwölf verurteilen in einer gemeinsamen Erklärung die Geiselnahme von vier französischen Staatsbürgern durch die Kurdische Arbeiterpartei (PKK) am 24. Juli in der Osttürkei und fordern die umgehende Freilassung dieser Geiseln und der zwei britischen Geiseln, die bereits am 6. Juli entführt worden sind.

August

Europäisches Währungssystem (EWS)

1. August: In Brüssel kommen die Finanzminister und Zentralbankpräsidenten der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft zu einer Sondersitzung zusammen. Sie beschließen eine vorübergehende Flexibilisierung des Wechselkursmechanismus, um einen Zusammenbruch des EWS aufgrund anhalten-

der Kursspekulationen zu verhindern. Die Schwankungsbreite der Kurse wird auf 15% erweitert (bisher 2,25% bzw. 6% für Spanien und Portugal). Zwischen den Niederlanden und Deutschland bleibt die alte Bandbreite bestehen.

Bosnien-Konferenz

1. August: In Genf werden die Verhandlungen über Bosnien-Herzegowina fortgesetzt. Nach der grundsätzlichen Einigung der drei Parteien geht es nun um die Festlegung der Grenzen bei einer staatlichen Neuordnung des Landes.

EPZ/Ruanda

5. August: Die Zwölf äußern in einer gemeinsamen Erklärung ihre Freude über die Unterzeichnung der Abkommen von Arusha am 4. August 1993, die eine geeignete Grundlage zur Herstellung eines dauerhaften Friedens bedeuten können.

Israel

6. August: Der israelische Präsident Ezer Weizman trifft in Brüssel zu einem Meinungsaustausch mit dem belgischen Außenminister und amtierenden Ratspräsidenten, Willy Claes, zusammen. Themen sind die Situation im Nahen Osten, die Lage in den von Israel besetzen Gebieten sowie die Hilfe der Gemeinschaft für die Palästinenser.

Naher Osten

11. August: Der Führer der palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), Yasser Arafat, trifft mit Vertretern der EG-Troika zu Gesprächen über den Friedensprozeß im Nahen Osten, die Lage in den besetzten Gebieten sowie über die Gemeinschaftshilfe für das palästinensische Volk zusammen.

Südafrika

15.–28. August: Kommissionsvizepräsident Sir Leon Brittan wird in Kapstadt von Staatspräsident De Klerk, ANC-Führer Mandela und dem Präsidenten der Inkatha Buthelezi empfangen. In den Gesprächen geht es überwiegend um die Demokratisierung in Südafrika und eventuelle Gemeinschaftshilfen in Form von handelspolitischen und wirtschaftlichen Abkommen.

Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE)

18. August: Der Gouverneursrat EBWE wählt den Präsidenten der französischen Notenbank und ehemaligen Exekutivdirektor des Internationalen Währungsfonds, Jacques de Larosière, zum neuen Präsidenten der Bank, nachdem Jacques Attali im Juni zurückgetreten war.

Jugoslawien-Konferenz

20. August: In Genf legen die beiden UN- und EG-Vermittler, Lord Peter Owen und Thorvald Stoltenberg, einen neuen Friedensplan einschließlich Landkarte vor, der eine Aufteilung des Gebietes mit 52% für die Serben, 31% für die Muslime und 17% für die Kroaten vorsieht. Nur die Serben sind einverstanden.

Umweltministerkonferenz

23. August: In Graz kommen die Umweltminister Deutschlands, Österreichs, Liechtensteins und der Schweiz zu ihrer 12. Konferenz zusammen. Hauptthema der Beratungen ist eine stärkere Harmonisierung der Umweltpolitik. Zum Abschluß der Tagung unterzeichnen die Teilnehmer eine gemeinsame Erklärung zur Reduktion der nationalen Schadstoffe um 70 bis 80%.

EPZ/Kongo

24. August: Die Zwölf begrüßen in einer gemeinsamen Erklärung das Abkommen, das am 4. August 1993 zwischen den kongolesischen Parteien geschlossen wurde, und das die politische Krise des Landes beilegen soll.

EPZ/Türkei

25. August: Die Zwölf verlangen in einer gemeinsamen Erklärung die unverzügliche und

bedingungslose Freilassung zweier italienischer, zweier schwedischer, zweier deutscher und einem neuseeländischen Staatsangehörigen durch die Kurdische Arbeiterpartei (PKK), nachdem die Freilassung der britischen und französischen Geiseln erfolgt war.

EPZ/Naher Osten

31. August: Die Zwölf begrüßen in einer gemeinsamen Erklärung die Ausarbeitung eines israelisch-palestinensischen Grundsatzabkommens, das auch die Erfüllung der einschlägigen UN-Resolutionen vorsieht und eine Teilautonomie in den von Israel besetzen Gebieten vorsieht.

September

Slowenien

1. September: Das Kooperationsabkommen zwischen der Gemeinschaft und Slowenien sowie ein Protokoll über die künftige Zusammenarbeit treten in Kraft.

Bosnien-Konferenz

1. September: In Genf erklären die Friedensvermittler der Europäischen Gemeinschaft und der Vereinten Nationen, Lord Peter Owen und Thorvald Stoltenberg, die am Vortag begonnenen Verhandlungen für gescheitert. Während der kroatische Staatsmann Tudjman die Forderungen der Muslime als Grund für das Scheitern angibt, nennt der bosnische Staatspräsident Izetbegovic die Zurückweisung dieser "Minimalforderungen" als Grund.

EPZ/Rußland

1. September: Die Zwölf begrüßen in einer gemeinsamen Erklärung den Abzug der russischen Streitkräfte aus Litauen als wichtigen Beitrag zur Stabilität und Sicherheit in Nordeuropa.

Israel

2. September: Kommissionspräsident Jacques Delors und Kommissar van den Broek sprechen in Brüssel über die Lage im Nahen Osten und das Teilautonomieabkommen mit den Palästinensern.

Zypern

7. September: Der zypriotische Außenminister Alekos Michaelides stattet der Kommission in Brüssel einen Besuch ab, um für die möglichst rasche Aufnahme seines Landes zur Europäischen Gemeinschaft zu werben.

Außenbeziehungen

11./12. September: In Alden Biesen (Belgien) kommen die Außenminister der Gemeinschaft zu einem informellen Treffen zusammen. Lord Peter Owen, EG-Vermittler im Jugoslawien-Konflikt, erläutert die Lage im ehemaligen Jugoslawien. Weitere Themen sind der denkbare Abschluß eines Friedensabkommens in Bosnien-Herzegowina und der deutsche Vorschlag eines EG-Verwalters für die bosnische Stadt Mostar sowie der Stand der Uruguay-Runde und das Blair-House-Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und der Gemeinschaft, das von Frankreich heftig kritisiert wird.

Wirtschaft und Finanzen

13. September: In Brüssel tagen die Wirtschafts- und Finanzminister der Gemeinschaft. Die wichtigsten behandelten Themen sind die Notwendigkeit einer engeren Abstimmung der Wirtschafts- und Finanzpolitiken sowie die größeren Anstrengungen bei der Angleichung der wirtschaftlichen Entwicklungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Stabilisierung des Europäischen Währungssystems.

Europäisches Parlament (EP)

13.–16. September: In Straßburg findet die Plenartagung des EP statt. Hauptthemen der Debatten sind der Krieg im ehemaligen Jugoslawien, die Lage im Nahen Osten und das Teilautonomie-Abkommen zwischen Israel und der palästinensischen Bevölkerung, das Europäische Währungssystem und das Blair-

House-Abkommen mit den Vereinigten Staaten. Im Hinblick auf den Jugoslawien-Konklikt beanstanden die Abgeordneten, daß die Gemeinschaft der von ihr beanspruchten Führungsrolle bei der Lösung des Konflikts nicht gerecht werde.

EPZ/Naher Osten

14. September: Die Zwölf würdigen in einer gemeinsamen Erklärung die Unterzeichnung des Gaza-Jericho-Abkommens zwischen den Vertretern Israels und dem palästinensischen Volk und stellen eine finanzielle Soforthilfe im Umfang von 20 Mio. ECU in Aussicht.

Landwirtschaft

14. September: In Brüssel wird eine Erklärung Spaniens zum Blair-House-Abkommen veröffentlicht. Spanien fordert wie Frankreich Neuverhandlungen.

Bosnien-Konferenz

20. September: Die für den folgenden Tag in Sarajewo vorgesehene Unterzeichnung des Friedensabkommens zwischen den bosnischen Serben, den bosnischen Muslime und den Kroaten scheitert an der Unbeweglichkeit der drei Konfliktparteien. Bereits am 16. September wurde zwischen dem bosnischen Staatspräsident Izetbegovic und dem Vorsitzenden des selbsternannten Serbenparlaments in Bosnien-Herzegowina Krajisnik, ein Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet, das auch die Freilassung aller Gefangenen beinhaltet.

Allgemeine Angelegenheiten

20./21. September: In Brüssel verständigen sich die Außen-, Wirtschafts- und Agrarminister der Gemeinschaft auf einen Kompromiß zum umstrittenen Blair-House-Abkommen mit den Vereinigten Staaten. Danach sind Neuverhandlungen nicht notwendig, da die Kommission sich dazu verpflichtet, mit den USA und den anderen Partnern Gespräche über ein "akzeptables Weltagrarabkommen" zu führen.

Visegrád-Länder

21. September: In Brüssel treffen die Außenminister Polens, der Slowakischen Republik, Tschechiens und Ungarns (Visegrád-Länder) mit der EG-Troika zusammen. Themen der Gespräche sind die Unterstützung der Reformbewegungen in Ost- und Mitteleuropa, sowie die Möglichkeit der Handelsliberalisierungen zwischen den Visegrád-Ländern und der Gemeinschaft.

Landwirtschaft

21. September: Die Landwirtschaftsminister der Gemeinschaft tagen in Brüssel zur Gemeinschaftspolitik des europäischen Weinbaus.

Industrie

21. September: Der Ministerrat für Industriefragen tagt in Brüssel zur Umstrukturierung des europäischen Stahlsektors. Die Minister fordern die privaten Stahlunternehmer auf, ihre Pläne für den Kapazitätsabbau zur Überwindung der Stahlkrise umgehend vorzulegen.

G 7

25. September: In Washington kommen anläßlich der Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank die Finanzminister und Notenbankchefs der sieben führenden Industriestaaten (G 7) zusammen. Hauptthemen sind die Entwicklungen in Rußland, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den Industriestaaten, die Notwendigkeit weiterer Zinssenkungen und die Unterstützung des Friedensprozesses im Nahen Osten.

G 24

25. September: Ebenfalls im Vorfeld der Jahrestagung des IWF und der Weltbank kommt die Gruppe der 24 Entwicklungsländer aus Lateinamerika, Asien und Afrika zu ihrer Tagung zusammen. Die Entwicklungsländer kritisieren das Armutsprogramm der Welt-

bank, deren Hilfeleistungen weit hinter der Zielvorgabe der Weltbank liegen und fordern die Kürzung von Agrar- und Industriesubventionen in den Industriestaaten. Begrüßt wird der Anstieg der Weltbankkredite.

EPZ/Südafrika

25. September: Die Zwölf würdigen in einer gemeinsamen Erklärung den Verlauf der Mehrparteiengespräche in Südafrika und die Einsetzung eines Übergangsexekutivrates als einen ersten Schritt zur repräsentativen Regierung.

Binnenmarkt

27. September: In Brüssel tagt der Rat für Binnenmarktfragen zu Richtlinienentwürfen im Lebensmittelbereich. Es geht u. a. um die Anpassung des deutschen Reinheitsgebotes für Bier, das als Gütesiegel bleiben soll.

Vereinte Nationen

27. September: Auf der 48. UN-Generalversammlung, die am 21. September begann und drei Monate dauern soll, spricht sich der dänische Außenminister, Niels Helweg Petersen, für einen Verzicht Großbritanniens und Frankreichs auf einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat aus, damit die EG dort ständiges Mitglied werden könne.

Europarat

27. September: In Straßburg tagt die Parlamentarische Versammlung des Europarates. Als 32. Mitglied wird Rumänien, trotz Vorbehalten wegen seiner Minderheitenpolitik, in den Europarat aufgenommen. In einer Empfehlung begrüßen die Parlamentarier die Entscheidung des russischen Präsidenten, Boris Jelzin, im Dezember 1993 freie Parlamentswahlen abzuhalten. Es wird die Schaffung eines "permanenten und universellen Gerichtshofs" zur Beurteilung von Völkerrechtsverbrechen unter der Ägide der Vereinten Nationen gefordert.

Verkehr

28. September: Die Verkehrsminister der Gemeinschaft verständigen sich auf einen Mindeststeuersatz für LKWs in der Gemeinschaft, der jedoch noch von den Finanzministern der Gemeinschaft gebilligt werden muß. Ein weiteres Thema ist die Beseitigung von letzten technischen Hindernissen für die Einführung einer LKW-Autobahnvignette für Deutschland ab 1995.

Europäisches Parlament (EP)

28./29. September: Mit einer Sondertagung nimmt das EP sein neues Gebäude in Straßburg in Betrieb. Themen der Plenarsitzung sind der Streit um den Agrarsubventionsabbau im Rahmen des Blair-House-Abkommens, die Lage in Rußland und die EG-Bananenmarktordnung.

Internationaler Währungsfonds (IWF)

28.–30. September: In Washington nehmen 178 Staaten an der 48. Jahrestagung des IWF und der Weltbank teil. Im Mittelpunkt der Beratungen stehen die wirtschaftlichen Probleme Rußlands, der Abschluß der Uruguay-Runde im Rahmen der GATT-Verhandlungen sowie die Wege zu einem inflationsfreien Wirtschaftswachstum.

Transport

29./30. September: In Mamaia (Rumänien) tagen die Verkehrsminister Deutschlands, Griechenlands, Polens, Rumäniens, Rußlands, der Slowakei, der Türkei, der Ukraine und Ungarns sowie Vertreter aus weiteren Ländern und internationalen Organisationen. Zur Debatte stehen Fragen des Eisenbahn- und des maritimen Verkehrs sowie des Lufttransports.

EPZ/Kambodscha

30. September: Die Zwölf begrüßen in einer gemeinsamen Erklärung die Verabschiedung einer neuen Verfassung in Kambodscha und wiederholen ihren Willen zur Zusammenarbeit mit der neuen Regierung.

Oktober

Allgemeine Angelegenheiten

4. Oktober: Der Ministerrat für Allgemeine Angelegenheiten tagt in Luxemburg. Es werden Schlußfolgerungen zu den Beitrittsanträgen Zyperns und Maltas verabschiedet sowie eine EPZ-Erklärung zu Rußland. Einigungen werden in bezug auf ein neues Abkommen mit Israel, das aktive und passive Wahlrecht bei der Wahl zum Europäischen Parlament sowie in bezug auf die institutionelle Vereinbarung über die Haushaltsdisziplin und über die Änderung der Geschäftsordnung des Rates erzielt. Weitere Punkte sind die Uruguay-Runde, das ehemalige Jugoslawien, Südafrika, Bulgarien, die AKP-Staaten und die Beziehungen zur Schweiz.

EPZ/Rußland

4. Oktober: Die Zwölf äußern in einer gemeinsamen Erklärung ihre Bsorgnis über die gewalttätigen Ereignisse in Moskau und anderen russischen Städten, für die maßgeblich die demokratie- und reformfeindlichen Kräfte verantwortlich sind.

Europaabkommen

4. Oktober: In Brüssel unterzeichnen Vertreter der Gemeinschaft und Vertreter der Slowakischen Republik sowie Tschechiens die Europaabkommen, die das im Dezember 1991 unterzeichnete, jedoch nie in Kraft getretene Assoziierungsabkommen mit der ehemaligen Tschechoslowakei ersetzen sollen.

Unternehmen

4./5. Oktober: In über 600 Städten der Europäischen Gemeinschaft findet die Europäische Woche der Unternehmen unter dem Motto "Ihr KMU: Motor der Dynamik des Binnenmarkts" statt. Ziel der Aktion ist, über Informations- und Kooperationsnetze zur Internationalisierung der KMU beizutragen und so neue Impulse für die Diskussion über KMU-Fördermaßnahmen zu geben.

AKP-EWG-Versammlung

4.–7. Oktober: In Brüssel findet die 17. Tagung der Paritätischen Versammlung zwischen den AKP-Staaten und der Europäischen Gemeinschaft statt. Zentrale Themen der Tagung sind die Vorschläge der Kommission über die Halbzeitüberprüfung und teiweise Änderung des Vierten Abkommens von Lomé, die krisenhafte Entwicklung in den AKP-Staaten Angola, Haiti, Somalia und Sudan sowie der Beitrag des Präsidenten des Afrikanischen Nationalkongresses, Nelson Mandela, zur Lage im südlichen Afrika.

Umwelt

5. Oktober: In Luxemburg beraten auf ihrer Ratstagung die Umweltminister der Gemeinschaft u. a. über Verpackungen, Verpackungsabfälle, Abfalldeponien, Ausfuhren und Einfuhren bestimmter gefährlicher Chemikalien, die Änderung der Richtlinie über gefährliche Abfälle sowie über den Schutz der Ozonschicht.

Erweiterung/Finnland

5. Oktober: In Luxemburg findet die dritte Tagung im Rahmen der Ministerkonferenz über den Beitritt Finnlands zur Europäischen Union statt. Acht Verhandlungskapitel gelten als bereits abgeschlossen. Darüber hinaus wird Einvernehmen über einige Punkte des Kapitels Umweltschutz, die Überwachung und Kontrolle der Verbringung radioaktiver Abfälle, den Schutz wildlebender Vogelarten und die Erhaltung natürlicher Biotope erzielt.

Erweiterung/Norwegen

5. Oktober: In Luxemburg findet die dritte Tagung im Rahmen der Ministerkonferenz über den Beitritt Norwegens zur Europäischen Union statt. Sieben Verhandlungskapitel gelten als bereits abgeschlossen. Darüber hinaus werden Übergangsfristen für die Durchführung der Richtlinien über die Größe der Pfandflaschen und Sicherheitsgurte festgelegt.

Erweiterung/Österreich

5. Oktober: In Luxemburg findet die dritte Tagung im Rahmen der Ministerkonferenz über den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union statt. Neun Verhandlungskapitel gelten als bereits abgeschlossen. Darüber hinaus werden Übergangsfristen für die Durchführung der Richtlinien über Nachtarbeit von Frauen, das Niederlassungsrecht von Zahnärzten und die Schallemissionen von Flugzeugen festgelegt.

Erweiterung/Schweden

5. Oktober: In Luxemburg findet die dritte Tagung im Rahmen der Ministerkonferenz über den Beitritt Schwedens zur Europäischen Union statt. Zehn Verhandlungskapitel gelten als bereits abgeschlossen. Zu allen weiteren offenen Fragen hat Schweden eine Stellungnahme eingereicht.

EGKS

5. Oktober: In Luxemburg findet die Tagung des Beratenden Ausschusses der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl statt. Themen der Tagung sind die Entwicklung des Stahlmarktes und die Umstrukturierung der europäischen Eisen- und Stahlindustrie, die Revision der Marktaussichten für feste Brennstoffe in der Gemeinschaft für 1993 sowie die Anhörung über ein Zusatzprotokoll zwischen der EWG und der EGKS einerseits und der Slowakischen Republik sowie Tschechiens über Handel und Handelsfragen andererseits.

Europäische Energiecharta

6.–9. Oktober: In Brüssel findet die Plenartagung im Rahmen der Internationalen Konferenz über die Europäische Energiecharta statt. Die Delegation legt einen Kompromißentwurf, ein Zwei-Stufen-Konzept, vor. In der ersten Stufe (Anfang 1994) soll das Basisübereinkommen rasch abgeschlossen werden. In der zweiten Stufe sollen die Anwendungsmodalitäten der Inländerbehandlung in der Vorinvestitionsphase behandelt werden.

Europarat

8./9. Oktober: In Wien treffen sich zum ersten Mal die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten seit dem 44jährigen Bestehen des Europarates. Zentrale Themen der Tagung sind der Minderheitenschutz, die Erhöhung der Wirksamkeit der Menschenrechtskonvention durch die Schaffung eines Gerichtshofes und die Perspektive für Europa. Im Anschluß an die Tagung geben die 32 Staats- und Regierungschefs einstimmig eine politische Erklärung zur Rolle des Europarates im neuen Europa ab.

Forschung

11. Oktober: Die Forschungsminister der Gemeinschaft führen auf ihrer Tagung in Luxemburg eine ausführliche Orientierungsaussprache über das Vierte Rahmenprogramm im Bereich Forschung, der technologischen Entwicklung und der Demonstration 1994–1998.

Bundesrepublik Deutschland

12. Oktober: Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe bestätigt die Vereinbarkeit des Vertrages über die Europäische Union mit dem deutschen Grundgesetz.

Arbeit und Soziales

12. Oktober: Zum Jugendarbeitsschutz berät in Luxemburg der Ministerrat für Arbeit- und Sozialfragen. Weitere Punkte sind die Europäischen Betriebsräte und das Grünbuch zur Sozialpolitik sowie die Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung.

Naher Osten

13. Oktober: Die Kommission beschließt in Brüssel die Gewährung eines Sonderdarlehens von 715.000 ECU, eines Zuschusses von 11 Mio. ECU an Jordanien und eines Zuschusses von 5 Mio. ECU an Ägypten.

Europäisches Parlament (EP)

13./14. Oktober: In Brüssel findet eine Sondertagung des Europäischen Parlament statt.

Kommissionspräsident Jacques Delors legt dem EP das "Weißbuch über Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung" vor und erläutert die wichtigsten Ansätze des Weißbuchs. Darüber hinaus verabschiedet das EP eine Entschließung zur Lage in Rußland, in der es sich für einen umfassenden politischen und wirtschaftlichen Reformprozeß ausspricht.

EPZ/Haiti

15. Oktober: Die Zwölf äußern in einer gemeinsamen Erklärung ihre Bestürzung über die Ermordung des Justizministers der verfassungsmäßigen Regierung Haitis und fordern die Verfolgung und Bestrafung der Verantwortlichen.

Landwirtschaft

18/19. Oktober: In Luxemburg kommt es im Rat der Landwirtschaftsminister zur Annahme von Verhandlungsrichtlinien in bezug auf die Bananenmarktordnung der Gemeinschaft. Deutschland, die Niederlande und Belgien stimmen dagegen.

Mali

19.–21. Oktober: In der Hauptstadt Malis, Bamaho, unterzeichnen Vertreter der Kommission und der Regierung Malis ein Finanzierungsabkommen in Höhe von 10,2 Mio. ECU über ein Programm zur Verbesserung des nationalen Gesundheitssystems.

Fischerei

20. Oktober: In Luxemburg tagt der Ministerrat für Fischereifragen. Wichtigstes Thema der Tagung ist die Marktlage bei den Fischereierzeugnissen und Bedingungen für Direktanlandungen von Fischereifahrzeugen von Drittländern sowie die Annahme von Schlußfolgerungen dazu. Weitere Themen sind die Beitrittsregelungen für Spanien und Portugal, die gemeinschaftliche Fanglizenzregelung, die Datenbanken im Fischereisektor und das irische Memorandum zum Fischereisektor.

Wirtschafts- und Sozialausschuß (WSA)

20./21. Oktober: In Brüssel findet die 309. Plenartagung des WSA statt. Der belgische Finanzminister und amtierende Ratspräsident, Philippe Maystadt, erläutert einige Standpunkte des Rates für Wirtschaft- und Finanzfragen, die sich aus den Grundsätzen des vom Europäischen Rat in Edinburgh aufgestellten "Aktionsplans der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft zur Förderung des Wachstums und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit" ergeben. So werden die Einhaltung der Haushaltsdisziplin, die Wahrung des Subsidiaritätsprinzips, die Berufsbildungspolitik, die Förderung alternativer Beschäftigungsformen, die Finanzierung der sozialen Sicherheit sowie zwei zusätzliche Indikatoren für die Jugendarbeitslosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit angeführt.

CAIRNS-Gruppe

21. Oktober: In Brüssel treffen der australische Handelsminister Cook, der thailändische stellvertretende Ministerpräsident Panitchpakdi, der argentinische Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium Sola und Kommissionsvizepräsident Brittan zusammen. Gesprächsthema ist der Stand der Verhandlungen im Rahmen der Uruguay-Runde. Alle betonen den Willen zur erfolgreichen Vertragsabschließung.

Europäische Städtepartnerschaften

22. Oktober: In Straßburg wurden erstmals 47 Gemeinden, die sich 1992 in bemerkenswerter Weise für das europäische Einigungswerk und eine bürgernahe Gemeinschaft eingesetzt haben, mit dem Preis "Les étoiles d'or du jumelage" (Goldener Stern der Städtepartnerschaft) ausgezeichnet.

Wirtschaft und Finanzen

25. Oktober: In Luxemburg einigen sich die Wirtschafts- und Finanzminister der Gemeinschaft auf sieben Entwürfe für Vorschläge zur Vorbereitung der zweiten Phase der Wirt-

schafts- und Währungsunion. Weitere Punkte sind die Besteuerung des Straßenverkehrs, die Steuerfreibeträge für Reisende sowie die Behandlung der Haushaltssalden und der Stand der Arbeiten der Neuregelung für indirekte Steuern.

Interinstitutionelle Konferenz

25. Oktober: In Luxemburg findet im Rahmen der Interinstitutionellen Konferenz von Rat, Kommission und Europäischem Parlament eine Tagung statt. Auf dieser Tagung einigen sich die drei Institutionen mit Blick auf das Inkrafttreten des Vertrages über die Europäische Union über zahlreiche Themen von grundlegender Bedeutung.

Allgemeine Angelegenheiten

25./26. Oktober: Der Ministerrat für Allgemeine Angelegenheiten tagt auf einer Sondertagung in Luxemburg zu den Ergebnissen der Regierungskonferenz, zur Uruguay-Runde sowie zum Friedensprozeß im Nahen Osten. Es geht um die Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 29. Oktober.

Europäisches Parlament (EP)

25.–29. Oktober: In Straßburg findet die Plenartagung des EP statt. Das Parlament schlägt in erster Lesung ein Haushaltsvolumen für 1994 von 73,4 Mrd. ECU bei den Verpflichtungsermächtigungen und 69,9 Mrd. ECU bei den Zahlungsermächtigungen vor. Darüber hinaus schlagen die Abgeordneten in bezug auf die Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion eine doppelte Verankerung des Europäischen Währungssystems im ECU und in der Stärksten Währung, der DM, vor.

Europäischer Rat

29. Oktober: In Brüssel findet der Sondergipfel der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft statt. Von den Teilnehmern wird eine feierliche Erklärung zu den wichtigsten Fortschritten, die der Vertrag über die Europäische Union mit sich bringt, abgegeben. Es sollen mehr wirtschaftlicher Wohlstand, eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, größere Effizienz und mehr Demokratie für die Europäische Union erreicht werden. Für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitk werden fünf Aktionsfelder genannt: der Jugoslawien-Konflikt, der Friedensprozeß im Nahen Osten und in Südafrika, die Beziehungen zu den mittel- und osteuropäischen Staaten und Rußland. Es werden neun Standorte von EU-Institutionen bestimmt; u. a. wird das Europäische Währungsinstitut seinen Sitz in Frankfurt haben, Europol wird in den Niederlanden und die Europäische Umweltagentur in Dänemark angesiedelt werden.

November

Europäische Union

1. November: Der Vertrag über die Europäische Union tritt in Kraft. Anläßlich dieses Ereignisses gibt der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs eine Erklärung ab. Darin wird betont, daß der Vertrag die Grundlage für Sicherheit, Wohlstand und Solidarität in der Europäischen Union sei. Der Europäische Rat würdigt die öffentliche Diskussion über den Vertrag, seine Ziele und seine Methoden und gesteht die Notwendigkeit nach mehr Transparenz, Offenheit und Dezentralisierung in den Entscheidungsverfahren ein.

Kultur

5. November: In Brüssel tagt der für Kulturfragen zuständige Ministerrat. Auf der Tagung werden Stockholm und Weimar zu den Kulturstädten 1998 bzw. 1999 erklärt. Weitere Themen der Beratungen sind die Bewertung des MEDIA-Programms, eine Entschließung zum einhundertjährigen Bestehen des Kinos sowie ein Kommuniqué zum Winterfestival von Sarajewo.

Bildung

8. November: Die Bildungsminister der Gemeinschaft tagen in Brüssel. Themen der

Tagung sind die Mobilität, der Zugang zu den Hochschulen in der Gemeinschaft und das Grünbuch über die europäische Dimension im Bildungswesen.

Assoziationsrat EG-Türkei

8./9. November: Auf der 34. Tagung des EG-Türkei Assoziationsrates betonen beide Parteien ihren Willen zur engeren Zusammenarbeit und bekräftigen die Notwendigkeit, nun die Maßnahmen zu treffen, um die geplante Zollunion ab 1995 einführen zu können.

Allgemeine Angelegenheiten

8./9. November: Die Außenminister der Union treffen erstmals nach dem Inkrafttreten des Vertrages über die Europäische Union, als "Rat der Europäischen Union" zusammen. Themen sind die Beobachtung der Wahlen in Rußland, die Weiterleitung der humanitären Hilfen, die künftigen Beziehungen zur Schweiz, die Einfuhren von Aluminiumerzeugnissen aus Aserbaidschan, Rußland, der Ukraine und Tadschikistan sowie die Demokratisierungsbemühungen in Südafrika.

Europäisches Forum für die Berufsbildung

8.–10. November: Nahezu 700 für die Berufsbildung zuständige Fachleute kommen in Brüssel zum ersten Europäischen Forum für die berufliche Bildung zusammen, das mit dem Thema "Die Entwicklung hin zu einem europäischen Qualifizierungsraum" überschrieben war.

TACIS

8.–12. November: In Brüssel findet die Ministertagung der Gruppe der nationalen Koordinatoren für TACIS (Technical Assistance for the Community of Independent States) statt. Das TACIS ist mit einem Finanzvolumen von ca. 1,36 Mrd. ECU seitens der Europäischen Union für 1991 bis 1993 ausgestattet und gewährt derzeit die Durchführung von über 30 nationalen und regionalen Programmen.

GASP/Aserbaidschan

9. November: Durch das Inkrafttreten des Vertrages über die Europäische Union geht der Bereich Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) in die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) über. Die Außenminister der Union verurteilen im Rahmen der GASP in einer gemeinsamen Erklärung den Bruch des Waffenstillstandsabkommens vom 24. Oktober in der Region Berg-Karabach.

Erweiterung

9. November: In Brüssel findet die Tagung im Rahmen der Ministerkonferenzen über den Beitritt Finnlands, Norwegens, Österreichs und Schwedens zur Europäischen Union statt. Beraten wird über die Umsetzung der Unionskapitel des Maastrichter Vertrages, die Ende 1993 abgeschlossen werden soll. Die Beitrittskandidaten erklären sich bereit, die neuen Verpflichtungen mitzutragen.

Binnenmarkt

11. November: In Brüssel tagt der Rat der Europäischen Union für Binnenmarktfragen. Die wichtigsten Punkte der Tagung sind die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der kleinen und mittleren Unternehmen und des Handwerks sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Informationsverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften, die Kennzeichnung der Materialien für die Hauptbestandteile von Schuhen und drei Lebensmittelrichtlinien zu den Aspekten Farbstoffe, Zusatzstoffe und Süßungsmittel.

Rußland

11. November: In Moskau kommt es zum ersten Gipfeltreffen zwischen der Europäischen Union und Rußland. Die Vertreter sprechen sich aus über die bilateralen Probleme im Zusammenhang mit der Energiecharta, dem Investitionsgarantiefonds, der Umstellung der Rüstungsindustrie, dem Internationalen Wissenschafts- und Technologiezentrum

sowie über bilaterale Probleme bei einigen Produkten. Ein weiteres Thema ist der Entwurf eines Partnerschafts- und Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Union und Rußland.

Deutschland/Frankreich/Polen

11./12. November: Die Außenminister Polens, Deutschlands und Frankreichs befürworten auf ihrer gemeinsamen Tagung in Warschau eine assoziierte Mitgliedschaft Polens zur Westeuropäischen Union sowie eine stärkere Anbindung Polens an die Europäische Union.

EGKS

12. November: In Luxemburg findet die Tagung des Beratenden Ausschusses der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl statt. Themen der Tagung sind u. a. die Umstrukturierung der staatlichen Stahlindustrie in Spanien und die staatlichen Beihilfen in Verbindung mit der Umstrukturierung der "EKO-Stahl AG", des italienischen Stahlkonzerns ILVA und des portugiesischen Stahlunternehmens "Siderurgia Nacional".

Republik Korea

12. November: In Seoul findet die neunte Konsultation auf hoher Ebene zwischen den Vertretern der Kommission und der koreanischen Regierung statt. Hauptgesprächsthemen sind die Liberalisierung und Dereglementierung der koreanischen Wirtschaft, die Beziehungen zur Demokratischen Volksrepublik Korea sowie die neuen Formen der regionalen und subregionalen Zusammenarbeit im asiatisch-pazifischen Raum.

Haushalt

15. November: Der Rat für Haushaltsfragen tagt in Brüssel. Die Finanzminister einigen sich auf den Haushalt 1994.

Europäisches Parlament (EP)

15.–19. November: In Straßburg findet die erste Plenartagung des EP nach Inkrafttreten des Vertrages über die Europäische Union statt. Die Parlamentarier bestätigen die Ernennung von Alexandre Lamfalussy als Präsident des Europäischen Währungsinstituts. Erstmals wendet das EP das Mitentscheidungsverfahren an, das im September mit der neuen Geschäftsordnung beschlossen wurde, und zwar im Falle des Vierten Rahmenprogramms für Forschung und technologische Entwicklung sowie im Falle des Erdgas- und des Elektrizitätsbinnenmarktes.

Landwirtschaft

16./17. November: In Brüssel tagen die Landwirtschaftsminister der Gemeinschaft zur Prüfung des künftigen agromonetären Systems sowie zur Flexibilisierung und Vereinfachung von Neubestimmungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Unterstützung der Erzeuger bestimmter landwirtschaftlicher Kulturpflanzen.

GASP/Südafrika

18. November: Die Zwölf begrüßen in einer gemeinsamen Erklärung den glücklichen Abschluß der Mehrparteienverhandlungen von Kempton Park und die Vereinbarung der Ausarbeitung einer Übergangsverfassung und eines Wahlgesetzentwurfs.

Industrie

18. November: In Brüssel führt der Rat für Industriefragen eine eingehende Aussprache über die Umstrukturierung der europäischen Stahlindustrie.

Verbraucher

19. November: Der Rat für Verbraucherfragen einigt sich in Brüssel auf einen gemeinsamen Standpunkt über den Schutz der Erwerber bei Verträgen über den Erwerb von Teilzeitnutzungsrechten ("timeshare") an Immobilien. Weitere Punkte sind Vertragsabschlüsse im Fernabsatz und die Transparenz des grenzüberschreitenden Zahlungsverkehrs.

Wirtschaft und Finanzen

22. November: In Brüssel tagen die Wirtschafts- und Finanzminister der Union. Zentrale Themen sind die wirtschaftlichen Konvergenzprogramme, die Vorbereitung der zweiten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion sowie die Mitgliedschaft der Union im Europäischen Investitionsfonds und die Gewährung von Zinsvergünstigungen an kleine und mittlere Unternehmen im Rahmen der Darlehensfaszilität der Europäischen Investitionsbank (EIB).

Fischerei

22. November: In Brüssel tagt der Rat für Fischereifragen zu den Preisen für das Fischwirtschaftsjahr 1994 sowie zur Umstrukturierung des Fischereisektors.

Allgemeine Angelegenheiten

22. November: In Luxemburg beraten die Außenminister im Beisein Lord Peter Owens, dem EU-Vermittler im Bosnien-Konflikt, über die Lage im ehemaligen Jugoslawien und über die Frage humanitärer Hilfen.

Arbeit und Soziales

23. November: In Brüssel beraten die Arbeits- und Sozialminister der Union über den Jugendarbeitsschutz, die Arbeitszeitgestaltung und den Gesundheits- und Arbeitsschutz an Bord von Fischereifahrzeugen.

Wirtschaft- und Sozialausschuß (WSA)

24./25. November: In Brüssel findet die 310. Plenartagung des WSA statt. Im Laufe der Verhandlungen nimmt der WSA u. a. folgende Stellungnahmen an: gemeinsames Steuersystem für Fusionen, gemeinsame Steuersysteme der Mutter- und Tochtergesellschaften verschiedener Mitgliedstaaten, Viertes Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, der technologischen Entwicklung und der Demonstration sowie Strukturmaßnahmen der Union im Bereich der Fischerei.

Israel

25. November: Außenminister Peres besucht die Kommission in Brüssel. In den Gesprächen mit Kommissionspräsident Delors und Kommissionsmitglied van den Broek erläutert Peres den Friedensprozeß im Nahen Osten, insbesondere die Rolle der Nachbarstaaten Syrien und Jordanien. Weitere Themen sind der Abschluß des Assoziierungsabkommens zwischen der Europäischen Union und Israel sowie die Wirtschaftshilfen für die besetzten Gebiete, mit der die Durchführung der Friedensabkommen von September 1993 erleichtert werden soll.

Bosnien-Konferenz

29. November: Die Verhandlungen über eine Beilegung des Konflikts in Bosnien-Herzegowina werden in Brüssel wieder aufgenommen. Die Außenminister der Europäischen Union kommen zu diesem Zweck mit den Vertretern der einzelnen Konfliktparteien in dieser Region zusammen.

Verkehr

29./30. November: In Brüssel beraten die Verkehrsminister Bulgariens, Polens, Rumäniens, der Slowakischen Republik, Tschechiens Ungarns und der Europäischen Union über die Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur und die Angleichung der Vorschriften dieser Länder an die der Union, insbesondere in bezug auf den Gütertransport auf den Straßen. Im Anschluß daran findet ebenfalls in Brüssel die Ratstagung der Verkehrsminister der Union statt, auf der es um Wettbewerbsverzerrungen in der Schiffahrtsgesetzgebung geht. Weitere Punkte sind u. a. das Aktionsprogramm zur Straßenverkehrssicherheit, die gemeinschaftliche Datenbank über Straßenverkehrsunfälle (CARE) sowie die Lage der Zivilluftfahrt.

Justiz und Inneres

29./30. November: In Brüssel findet die erste Tagung des Rates für Justiz und Inneres nach

dem Inkrafttreten des Vertrages über die Europäische Union statt. Die zentralen Themen der Beratungen sind die internationale organisierte Kriminalität, der Menschenhandel zum Zwecke der Prostitution, Betrügereien auf internationaler Ebene, die öffentliche Sicherheit, die Umweltkriminalität, Schlußfolgerungen zu Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sowie Auslieferungen an Drittländer.

KSZE

30. November — 1. Dezember: In Rom findet die vierte Tagung des Ministerrates im Rahmen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) statt. Der Ministerrat einigt sich auf ein gemeinsames Kommuniqué mit dem Titel "Die KSZE und das neue Europa — Unsere Sicherheit ist unteilbar", das eine Reihe von Beschlüssen insbesondere im Bereich der Sicherheit, der Präventivdiplomatie, der Friedenssicherung, der menschlichen Dimension sowie der Beziehungen zwischen der KSZE und den übrigen internationalen Organisationen darlegt.

Dezember

Europäisches Parlament (EP)

1./2. Dezember: In Brüssel findet eine zusätzliche Plenartagung des EP statt. Im Mittelpunkt steht die Rede des israelischen Premierministers, Izak Rabin, in der er das Festhalten Israels an den Friedensbemühungen betont, da die friedliche Koexistenz eine Vorbedingung für Frieden und Sicherheit in Israel sei. Zwei große Aussprachen finden im Hinblick auf den Europäischen Rat von Brüssel am 10. und 11. Dezember bzw. auf das Weißbuch "Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung" statt, wobei nach dem amtierenden Ratspräsidenten, Willy Claes, eine parallele Weiterentwicklung von Subsidiarität und Solidarität erfolgen muß. Der Kommissionspräsident, Jacques Delors, stellt die Grundgedanken des Weißbuchs vor und betont die Notwendigkeit des raschen Reagierens auf die Globalisierung der Weltwirtschaft, um so der sozialen Realität Rechnung zu tragen.

Allgemeine Angelegenheiten

2. Dezember: Auf ihrer Tagung in Brüssel verabschieden die Außen- und Finanzminister der Union die Schlußfolgerungen des Vorsitzes zur Uruguay-Runde.

Entwicklungzusammenarbeit

2. Dezember: In Brüssel tagt der Rat der Europäischen Union für Entwicklungszusammenarbeit. Zentrale Themen sind die Bekämpfung der Armut, finanzielle Hilfen für den Wiederaufbau in den Entwicklungsländern sowie die Verfahrenskoordinierung zwischen der Union und den Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Entwicklungszusammenarbeit.

Umwelt

2./3. Dezember: Die Umweltminister der Union verabschieden auf ihrer Tagung in Brüssel einen einstimmigen Beschluß zum Schutz der Ozonschicht, gemeinsame Standpunkte im Hinblick auf gefährliche Abfälle und Maßnahmen gegen die Abgasemissionen von Kraftfahrzeugen sowie im Hinblick auf Verpackungen und Verpackungsabfälle. Zu Schlußfolgerungen kommt es in der Durchführung und Anwendung der Gemeinschaftsvorschriften zum Umweltschutz und in der Gemeinschaftsstrategie in bezug auf die Klimaänderungen.

Österreich

3. Dezember: Der österrreichische Landwirtschaftsminister Fischler besucht die Kommission in Brüssel, um Gespräche über die landwirtschaftlichen Aspekte des Beitritts Österreichs, insbesondere die Unterstützung der Landwirtschaft in den Berggebieten und die Höhe der österreichischen Agrarpreise zu führen.

Wirtschaft- und Finanzen

5. Dezember: Die Wirtschafts- und Finanzminister der Europäischen Union bereiten sich in Brüssel auf den Europäischen Rat von Brüssel am 10. und 11. Dezember 1994 vor.

Forschung

6. Dezember: Die Forschungsminister der Gemeinschaft befassen sich auf ihrer Tagung in Brüssel mit dem Vierten Rahmenprogramm im Bereich Forschung, der technologischen Entwicklung und der Demonstration (1994–1998) sowie mit dem Rahmenprogramm für gemeinschaftliche Maßnahmen im Bereich der Forschung und Ausbildung für die Europäische Atomgemeinschaft (1994–1998).

Allgemeine Angelegenheiten

6./7. Dezember: In Brüssel tagen die Außenminister der Union. Zentrale Punkte der Tagung sind der Zugang der Öffentlichkeit zu Rats- und Kommissionsdokumenten, die Veröffentlichung von Abstimmungsprotokollen sowie von Erklärungen zu Stimmabgaben, die Annahme der neuen Geschäftsordnung des Rates gegen die Stimmen der dänischen, niederländischen und griechischen Delegation sowie der Erwerb von "Gemeinschaftsmarken" über das Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt. Weitere Punkte sind u. a. das Interimsabkommen mit Bulgarien, die Europaabkommen mit Polen und Ungarn, die Beziehungen zu Marokko und das aktive und passive Wahlrecht bei den Wahlen zum EP.

Telekommunikation

7. Dezember: In Brüssel tagt der Rat der Europäischen Union für Telekommunikation. Die wichtigsten Themen sind die Entwicklung der gemeinschaftlichen Postdienste, die Entwicklung eines Universaldienstes im Bereich der Telekommunikation, Maßnahmen im Bereich der Funkfrequenzen sowie die Fernsehdienste in Europa und die satellitengestützte Kommunikation.

Sri Lanka

8. Dezember: In Brüssel paraphieren Vertreter der Europäischen Union und der Demokratischen Sozialistischen Republik Sri Lanka ein Kooperationsabkommen, das einem Abkommen mit Indien vom 20. Dezember entspricht.

Rußland

9. Dezember: In Brüssel kommt es zur Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung zwischen der Europäischen Union und Rußland. Die Erklärung weist auf die neuen bilateralen Beziehungen nach der bevorstehenden Unterzeichnung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens hin und legt darüber hinaus die Grundsätze des neuen politischen Dialogs zwischen der Europäischen Union und Rußland dar. Diese lauten: zweimal jährlich stattfindende Gipfeltreffen zwischen dem russischen Präsidenten, dem Kommissionspräsidenten und dem Präsidenten des Europäischen Rates, Intensivierung der Kontakte zwischen den Parlamentsabgeordneten, Ausbau der offiziellen Beziehungen durch regelmäßige Treffen neben den Gipfeltreffen.

Australien

10. Dezember: Der australische Handelsminister Cook besucht die Kommission in Brüssel. Gesprächsthema ist die Aussicht auf den Abschluß der insbesondere die Landwirtschaft betreffenden Verhandlungen im Rahmen der Uruguay-Runde.

Energie

10. Dezember: In Brüssel berät der Rat der Europäischen Union für Energiefragen über Erteilung und Nutzung von Genehmigungen zur Prospektion, Exploration und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen sowie über den Beihilfekodex für den Steinkohlenbergbau.

Europäischer Rat

10./11. Dezember: In Brüssel findet die erste Begegnung der Staats- und Regierungschefs

der Europäischen Union nach Inkrafttreten des Vertrages über die Europäische Union statt. Der Tagung ging ein Gedankenaustausch mit dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, Egon Klepsch, voraus. Zentrale Themen des Gipfels sind die wirtschaftliche Lage in der Union und die Bekämpfung der gegenwärtig hohen Arbeitslosigkeit sowie das Weißbuch, das eine mittelfristige Strategie für Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung beinhaltet. Ebenfalls besprochen wird der von Kommissionspräsident Jacques Delors entwickelte Aktionsplan mit konkreten Maßnahmen auf der Ebene der Union und den Mitgliedstaaten. Weitere Aktionspläne werden in den Bereichen Justiz und Inneres sowie Außen- und Sicherheitspolitik im Hinblick auf eine Präventivdiplomatie angenommen.

Gesundheitswesen

13. Dezember: Die Gesundheitsminister der Europäischen Union tagen in Brüssel über die künftigen Orientierungen für das Programm "Europa gegen den Krebs", Europa gegen AIDS, die Selbstversorgung der Europäischen Union mit Blut sowie über die Errichtung eines Epidemiologie-Netzes in der Union und die Europäische Woche der Drogenbekämpfung.

Wirtschaft und Finanzen

13. Dezember: Die Wirtschafts- und Finanzminister der Europäischen Union einigen sich auf ihrer Tagung in Brüssel über Schlußfolgerungen in bezug auf die Besteuerung von Sparerträgen und über eine Empfehlung über die Grundzüge der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten der Union. Weitere Punkte sind die gemeinsame Steuerregelung für Zinszahlungen und Lizenzgebühren zwischen Mutter- und Tochtergesellschaften verschiedener Mitgliedstaaten sowie eine Ausnahmeregelung für einige Mitgliedstaaten bei der Mineralölsteuer. Darüber hinaus werden Beschlüsse über den Abschluß der Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum und damit verbundene bilaterale Agrar- und Fischereiabkommen mit den EFTA-Ländern angenommen. Somit kann das Akommen über den EWR am 1. Januar 1994 in Kraft treten.

Allgemeine Angelegenheiten

13., 15. Dezember: In Brüssel einigt sich der Rat der Europäischen Union für Allgemeine Angelegenheiten über einen Vorschlag für eine Verordnung im Hinblick auf ein Gemeinschaftsinstrument für handelspolitische Schutzmaßnahmen.

Europäisches Parlament (EP)

13.–17. Dezember: In Straßburg findet die Plenartagung des EP statt. Die wichtigsten Themen dieser Tagung sind die Rede des PLO-Vorsitzenden, Yassir Arafat, die Aussprachen über die Ergebnisse des Europäischen Rates in Brüssel vom 10. und 11. Dezember, das GATT-Abkommen sowie die Verleihung des Sacharow-Preises an die Sarajewoer Tageszeitung "Oslobodjenje".

Landwirtschaft

14.–17. Dezember: Die Landwirtschaftsminister der Europäischen Union handeln u. a. einen Globalkompromiß über folgende Bereiche aus: landwirtschaftliche Kulturpflanzen, agromonetäre Regelung, Tabak, Einfuhr von neuseeländischer Butter, Dürre in Portugal, Maiseinfuhr nach Portugal, gemeinsame Marktorganisationen für Zucker, Rindfleisch, Schaf- und Ziegenfleisch sowie ein Selbstbeschränkungsabkommen im Schaffleischsektor.

Europäische Energiecharta

14.–17. Dezember: Im Rahmen der internationalen Konferenz über die Europäische Energiecharta findet in Brüssel die Plenartagung statt, auf der die Europäische Union den anderen Unterzeichnerstaaten der Charta offiziell ihren Vorschlag für ein Zwei-Stufen-Konzept vorstellt.

GATT

15. Dezember: In Genf wird die Schlußakte der multilateralen Verhandlungen im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) angenommen. Somit gilt die Uruguay-Runde nach sehr langen Verhandlungen als abgeschlossen. Die Schlußakte, die alle von den 117 Teilnehmerstaaten ausgehandelten Vereinbarungen umfaßt, sieht u. a. die Senkung der Zölle der Europäischen Union um durchschnittlich 37%, die Angleichung der internationalen Wettbewerbsbedingungen, die Stärkung der handelspolitischen Schutzinstrumente, die verbindliche Ausdehnung der Meistbegünstigungsklausel auf das geistige Eigentum und die Dienstleistungen sowie eine schrittweise Liberalisierung des Dienstleistungsverkehrs vor.

Binnenmarkt

16. Dezember: Der Rat für Binnenmarktfragen tagt in Brüssel. Zentrale Themen der Tagung sind das strategische Programm für den Binnenmarkt, politische Einigungen im Hinblick auf Lebensmittelzusatzstoffe und gefährliche Stoffe sowie die Telematiknetze. Weitere Punkte sind die Annahme eines gemeinsamen Standpunktes in bezug auf Sportboote gegen die Stimmen der französischen Delegation und Enthaltung der britischen Delegation sowie die Annahme eines gemeinsamen Standpunktes im Hinblick auf biotechnologische Erfindungen.

GASP/Rußland

17. Dezember: Die Zwölf begrüßen in einer gemeinsamen Erklärung im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik den Ausgang der russischen Wahlen zum Verfassungsentwurf, der dem russischen Volk am 12. Dezember vorgelegt worden war. Die Mehrheit der Wähler hatte den Verfassungsentwurf angenommen.

Humanitäre Hilfe

17. Dezember: In Brüssel unterzeichnen Vertreter der Europäischen Union und des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge (UNRWA) ein Abkommen über Flüchtlingshilfe in den Nahostländern. Nach diesem Abkommen wird die Union dem UNRWA 1993 30 Mio. ECU, 1994 31 Mio. ECU und 1995 32 Mio. ECU als Beitrag zur Finanzierung der Bildungs-, Gesundheits- und Zusatzernährungsprogramme zugunsten der palästinensischen Flüchtlinge in Jordanien, im Libanon und in Syrien und in den besetzten Gebieten zahlen.

Industrie

17. Dezember: Der Rat der Europäischen Union für Industriefragen billigt auf der Tagung in Brüssel die Staatsbeihilfen für die europäische Stahlindustrie und stimmt der Finanzierung von Wohnungen für Arbeitnehmer der EGKS-Industrien zu.

Indien

20. Dezember: In Brüssel wird das Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Republik Indien unterzeichnet. Mit dem neuen Abkommen soll vor allem die wirtschaftliche Zusammenarbeit verbessert und gefördert werden. Zentrale Punkte sind die Entwicklung und Diversifizierung des Handels und der Investitionen, die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie, die Verbesserung des Marktzugangs sowie die Achtung der Menschenrechte und der demokratischen Grundsätze.

Allgemeine Angelegenheiten

20. Dezember: In Brüssel tagt der Rat der Europäischen Union für Allgemeine Angelegenheiten. Es werden u. a. Verhandlungsrichtlinien für Israel und Tunesien angenommen und eine Einigung über notwendige humanitäre Hilfsmaßnahmen für Bosnien-Herzegowina erzielt. Darüber hinaus geht es bei den Erörterungen um den Zugang der Öffentlichkeit zu den Dokumenten des Rates und um die Beziehungen zu Österreich.

Fischerei

20./21. Dezember: Der Ministerrat für Fischereifragen berät auf seiner Tagung in Brüssel über die Umstrukturierung des Fischereisektors, die Fangquoten für 1994, die Organisation der Fischerei im Nordwestatlantik, die Strukturmaßnahmen der Gemeinschaft in den Bereichen der Fischerei und Aquakultur sowie über die Verarbeitung und Vermarktung dieser Erzeugnisse.

Finnland

21. Dezember: Der finnische Außenminister Haavisto und der Außenhandelminister Salolainen besuchen die Kommission in Brüssel. Hauptgesprächsthema ist der Umfang der erforderlichen Unterstützungen für die finnische Landwirtschaft.

Erweiterung/Finnland

21. Dezember: In Brüssel findet die 5. Tagung im Rahmen der Ministerkonferenz über den Beitritt Finnlands zur Europäischen Union statt, auf der nach dem Einvernehmen über den Schwefelgehalt bestimmter flüssiger Brennstoffe, das Kapitel Umwelt abgeschlossen werden konnte. Ebenfalls abgeschlossen werden konnten die Kapitel Freier Dienstleistungsverkehr und Niederlassungsrecht. Damit sind insgesamt 15 Kapitel abgeschlossen.

Erweiterung/Norwegen

21. Dezember: In Brüssel findet die fünfte Tagung im Rahmen der Ministerkonferenz über den Beitritt Norwegens zur Europäischen Union statt, auf der man sich über gefährliche Abfälle, Polychlorbiphenyl und Polychlorterphenyl und im Kapitel Verschiedenes über Kautabak einigt. Somit gelten 11 Verhandlungskapitel als abgeschlossen.

Erweiterung/Österreich

21. Dezember: In Brüssel findet die 5. Tagung im Rahmen der Ministerkonferenz über den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union statt. Man einigt sich über die Höchstwerte für Rückstände von Tierarzneimitteln in Nahrungsmitteln tierischen Ursprungs sowie über eine Regelung über die Aufhebung des Tabakmonopols in Österreich. Von insgesamt 29 Kapiteln wurden bisher 13 abgeschlossen.

Erweiterung/Schweden

21. Dezember: In Brüssel findet die 5. Tagung im Rahmen der Ministerkonferenz über den Beitritt Schwedens zur Europäischen Union statt. Einvernehmen werden über das Alkoholmonopol, die Richtlinie 90/531/EWG über das öffentliche Auftragswesen sowie über die Einfuhrregelungen für Textilwaren erzielt. Somit gelten mit den Kapiteln Wettbewerb und Auswärtige Beziehungen 18 Kapitel als abgeschlossen.

Wirtschafts- und Sozialausschuß (WSA)

21./22. Dezember: In Brüssel findet die 311. Plenartagung des WSA statt. Nach Konsultationen wird u. a. eine Stellungnahme zur Entwicklung des diensteintegrierenden digitalen Fernmeldenetzes (ISDN) angenommen. Eine Initiativstellungnahme erfolgt zu den Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Türkei. Weitere Stellungnahmen werden zu den Themen landwirtschaftliches Genpotential, System der Eigenmittel, Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht beitragen sowie wirtschaftliche und soziale Eingliederung der am meisten benachteiligten Gruppen verabschiedet.